

BULLETIN

NUMMER 1 | MÄRZ 2017



- * 8 Abstammung - Falsche Argumente *
- * 14 Regierungsrat - Frau Landammann für alle? *
- * 19 Mikrosteuer - Revolutionäre Steuer *
- * 21 Wohninitiative - 20 Prozent in 20 Jahren *
- * 22 Bahninfrastruktur - 20 Jahre Stillstand? *

3 Editorial

FYI

4 Kantonsrat I

Kranke Gesundheit

5 Kantonsrat II

Fracking verboten

6 Rohstoffhandel

Unterschiedlicher Fokus

8 Abstimmung

Falsche Argumente

10 Ortsgruppen

Stabwechsel

12 Bruder Klaus

Bruder Klaus und «seine» drei Zäune

13 Flüeli-Ranft

Solidarisch mit wem?

14 Regierungsrat

Frau Landammann für alle?

18 Grünspecht

GLP – schleichend nach rechts

19 Mikrosteuer

Revolutionäre Steuer

20 OFRA

Es gibt sie noch

21 Wohninitiative

20 Prozent in 20 Jahren

22 Bahninfrastruktur

20 Jahre Stillstand?

24 Velo

Es ginge doch

25 Frontal

26 Service

Präsidium

Kino

Veranstaltung

Adressen

Impressum

Umschlagbild:

Büroflächen verdrängen Wohnraum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – Grünes Forum Hünenberg

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

FYI

Magda Feldmann-Müller, Kantonsrätin CSP

Ich habe schon ein etwas mulmiges Gefühl. Zum ersten Mal betrete ich den Zuger Kantonsratssaal nicht als Gast, sondern als Kantonsrätin. Die meisten Gesichter kenne ich hauptsächlich aus den regionalen Medien, und in der allgemeinen bienenstockartigen Geschäftigkeit muss ich mir erst mal einen Überblick verschaffen. Und dann werde ich als «Neue» auch schon ganz am Anfang nach vorne zitiert. Die Presse und die erfahrenen Kolleginnen und Kollegen mustern mich interessiert. Nun denn: Ich bin da und darf den Eid schwören, der mich ganz offiziell zu einem Mitglied des Kantonsparlamentes macht. Diesen Eid schwöre ich gerne, auch wenn ich im entscheidenden Moment plötzlich nicht mehr ganz sicher bin, ob ich beim Schwur zwei oder drei Finger abzuspitzen habe. Ich versuche, mir nichts davon anmerken zu lassen und schwöre selbstsicher mit zweieinhalb. Als vereidigte Kantonsrätin setze ich mich dann auf den freien Platz, welcher für die kommenden zwei Jahre meiner sein wird. Mit je einem Andi links und rechts, in der goldenen Mitte zwischen meinen erfahrenen Fraktionskollegen Andi Lustenberger und Andi Hürlimann, kann ja eigentlich nichts schiefgehen. Die erste Sitzung überstehe ich



ohne Fauxpas. Ich bemühe mich, alle Voten konzentriert anzuhören und nach bestem Wissen und Gewissen abzustimmen. Nicht jedes Prozedere ist jedoch auf Anhieb leicht nachzuvollziehen, der Wortlaut mancher Abstimmungsfragen erfordert anfänglich eine gewisse Gewöhnung und aufmerksames Zuhören. Zum Glück bin ich von allen Mitgliedern der Alternativen-Fraktion so freundlich empfangen und kompetent gecoacht worden. Meine alternativen Kolleginnen und Kollegen kümmern sich prima um mich. Ich freue mich auf mein neues Amt und auf die Möglichkeiten und Chancen, die sich mir bieten. Ich hoffe, dass ich mich und meine Erfahrungen optimal einbringen kann. Als Primarlehrerin und Heilpädagogin sowie als Vorstandsmitglied des städtischen Lehrerinnen- und Lehrer-

vereins sehe ich meine Stärken vor allem in der Bildungspolitik. Bildung ist unser wichtigster Rohstoff, und das ausgezeichnete Zuger Bildungsniveau darf nicht durch unsinnige Sparübungen beeinträchtigt werden.

Als ehemalige Jugendarbeiterin und als dreifache Mutter bin ich auch nach wie vor nahe am Puls der Jugend. Auch diese Jugend hoffe ich in den nächsten zwei Jahren vertreten zu dürfen, etwa wenn es darum geht, eine lebendige Zuger Jugendkultur zu fördern oder preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Zug soll für alle gesellschaftlichen Schichten, für Jung und Alt, lebenswert sein. Die Verdrängungsprozesse, welche Familien und finanziell schwächer gestellte Zugerinnen und Zuger aus unserem Kanton treiben, müssen endlich gestoppt werden. Dafür braucht es ein faires Steuersystem und mehr bezahlbare Wohnungen.

Mit der Flut an E-Mails, die seit meinem Amtsantritt meinen Posteingang überlaufen lassen, kann ich umgehen. Aber ich muss mir wohl noch ein Abkürzungslexikon besorgen, wenn ich die Inhalte dieser Mails zweifelsfrei verstehen möchte. Wenn meine Kolleginnen und Kollegen von der «Variante BFS tief» oder dem «EG BGFA» schreiben, dann verstehe ich zunächst einmal «Bhf». Und «btw», liebe Fraktionskolleginnen und -kollegen: «Kiss» ist ja gut und recht, aber wenn ich Dokumente als «BCC» zugeschickt bekomme mit nicht mehr Zusatzinformation als einem prägnanten «FYI», so kommt mir spontan zwar allerhand in den Sinn, was ich «asap» mit diesen Dokumenten anstellen könnte – aber nicht alles davon scheint mir einer frisch vereidigten Kantonsrätin würdig. ■

Kranke Gesundheit

Rita Hofer, Kantonsrätin ALG, Hünenberg
Bild BULLETIN

4 Jahr für Jahr steigen die Krankenkassenprämien um mehrere Procente. Diese Steigerungen liegen deutlich über dem allgemeinen Preisanstieg (aktuell Nullteuerung) und der allgemeinen Lohnentwicklung. Das heisst, Personen mit kleineren und mittleren Einkommen und insbesondere Familien mit Kindern haben netto weniger Geld in der Tasche.

Gemäss Berechnungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes geben Familien mit tiefem Einkommen mittlerweile über 10 Prozent ihres Einkommens für die Krankenkassenprämien aus, im Jahr 2000 waren es erst 6 Prozent gewesen. «Nicht selten übertreffen die Ausgaben für die Krankenkassenprämien die Steuerrechnung!» Diese Aussage der Zuger Regierung zeigt deutlich auf, was dies für kleinere und mittlere Ein-

pauschale hat die erwartete Wirkung nicht erzielt und somit wurde keine Stabilisierung der Gesundheitskosten erreicht. Prominente Ärztinnen und Ärzte äussern sich kritisch und warnen, dass das Gesundheitssystem immer mehr aufgeblasen wird und die Überversorgung eines der Probleme darstellt. Wenn nicht mehr das Wohl der Patientinnen und Patienten im Vordergrund steht, dann ist politisches Handeln mehr als dringlich!



Die Medikamentenpreise steigen weiter an – und mit ihnen die Krankenkassenprämien.

kommen im Kanton Zug bedeutet: Die steigenden Gesundheitskosten belasten die Zuger Bevölkerung immer mehr.

Gesundheitsausgaben steigen

Vergleicht man die Gesundheitsausgaben der Schweiz mit denen OECD-Länder, ist die Schweiz 2013 vom 6. Platz bereits ein Jahr später auf den 4. Platz vorgeedrungen (BFS). Seit der Einführung des KVG im Jahr 1996 sieht sich die Politik mit dem Problem des steigenden Kostenwachstums konfrontiert. Die Fall-

Sparpotenzial bei Medikamentenpreisen

Erinnern wir uns an die Vogelgrippe und den Hype um das Medikament Tamiflu. Die Pharmaindustrie operierte mit der Angstkeule einer möglichen Pandemie, und der Bund liess einen Vorrat produzieren, der nie Verwendung fand. Im Nachhinein wurde das Medikament gar als wenig wirksam gegen das Virus deklariert. Bund und Kantone haben bei der Herstellerin Roche etwa 150 000 Packungen Tamiflu gekauft und dafür rund 4 Millionen Franken

ausgegeben. Eine teure Produktion für den Sondermüll. Erst kürzlich kritisierte der Preisüberwacher wieder die überhöhten Medikamentenpreise. Da wäre ein grosses Sparpotenzial vorhanden.

Prämienverbilligungen müssen erhöht werden

Dass der Kanton mit der Prämienverbilligung ein Instrumentarium hat, um das Budget für Personen mit mittleren und kleineren Einkommen zu entlasten, ist positiv. Dass der Kanton die Mittel für die Prämienverbilligung erhöht, ist zwingend und eine logische Folge der Kostenentwicklung. Dass die Prämienverbilligung bei den nächsten Sparbemühungen wieder unter die Lupe genommen wird, hat die Regierung mit den «Finanzen 2019» bereits angekündigt. Doch wenn sich keine politische Mehrheit finden lässt, um den alljährlich steigenden Kosten entgegenzuhalten, ist es die Pflicht und die Verantwortung des Kantons, Personen mit geringem Einkommen mit den nötigen finanziellen Mitteln zu entlasten.

Prävention könnte Kosten stabilisieren

Die medizinischen Fortschritte in den letzten Jahren haben viel dazu beigetragen, unsere Lebensqualität zu verbessern. Die höhere Lebenserwartung der Bevölkerung, aber auch gesellschaftliche und persönliche Erwartungen an das Gesundheitssystem tragen zu den steigenden Kosten bei. Wir erwarten von der Regierung, dass sie sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzt, um die Kosten zu stabilisieren. Prävention ist ein wichtiger Eckpfeiler, um die Bevölkerung zu sensibilisieren und an ihre Eigenverantwortung zu appellieren. Damit wird erreicht, dass die Menschen in ihrer Selbstbestimmung gestärkt werden und nach einer kritischen Abwägung mit den notwendigen Informationen für sich persönlich entscheiden können. ■

Fracking verboten

Hanni Schriber-Neiger, Kantonsrätin ALG, Risch

Das neue Gesetz über die möglichen Nutzungen des Untergrunds (GNU) definiert die Rahmenbedingungen und koordiniert das Verfahren bei Nutzung wie zum Beispiel im Bereich Tiefengeothermie.

Dies sorgt für Rechtssicherheit im Kanton, da der Bund 2009 eine gesetzliche Regelung ablehnte. Das theoretische Potenzial zur Wärme- und Stromproduktion ist beträchtlich. Die Alternative Grüne Fraktion befürwortete das neue Gesetz, denn die Nutzung der Erdwärme ist umweltfreundlich und CO₂-arm.

Umweltschutz statt fossile Brennstoffe

Auf keinen Fall wollten wir die Zulassung von Fracking, genauer gesagt des Abbaus von unkonventionellem Erdgas und Erdöl wie Schiefergas,

Tightgas oder Kohleflözgas. Dies beantragte aber tatsächlich der Regierungsrat im Gesetzesvorschlag. Wir nahmen wohl zur Kenntnis, dass mit dem Umweltschutz- und Gewässerschutzgesetz gewisse Leitplanken gesetzt sind. Doch dies beruhigte uns trotzdem nicht, denn wir wollten und wollen kein Fracking-Risiko eingehen, dass zum Beispiel den Boden und das Grundwasser vergiftet wird. Das können wir auf keinen Fall verantworten.

Verbot sorgt für Klarheit

Bei Fracking für fossile Brennstoffe presst man nicht nur Wasser, son-

dern ein Gemisch aus Wasser, Sand und verschiedenen Chemikalien in den Boden. Angesichts der grossen Umweltrisiken und der schlechten Energieeffizienz war die Alternative Grüne Fraktion für ein Verbot dieses Frackings und meinte im Rat: «Ein Verbot sorgt für Klarheit und ist besser für Mensch und Umwelt. – Es ist an der Zeit, dass man sich von den fossilen Energieträgern verabschiedet und konsequent erneuerbare Technologien fördert. Das schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze und unterstützt erst noch das regionale Gewerbe.»

Das Resultat der Schlussabstimmung im Kantonsrat ist erfreulich und bemerkenswert: Der Rat stimmte gegen die Regierung, also für ein Fracking-Verbot. ■

5

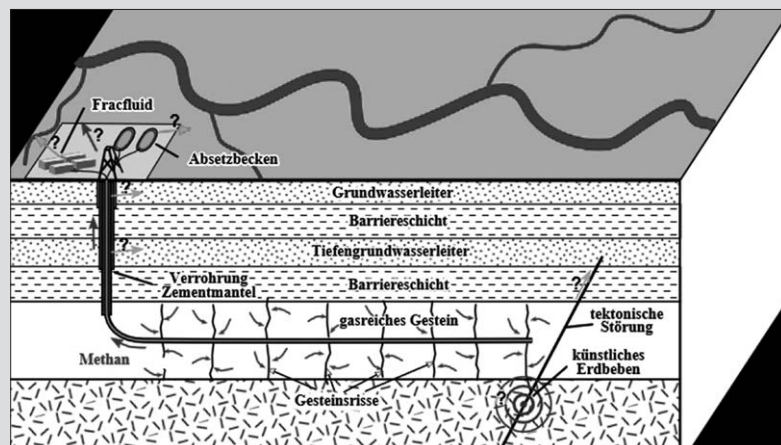
Fracking (Kurzbeschreibung nach Wikipedia)

Fracking, hydraulische Frakturierung, ist eine Methode zur Erzeugung, Weitung und Stabilisierung von Rissen im Gestein einer Lagerstätte im tiefen Untergrund, mit dem Ziel, die Durchlässigkeit der Gesteine zu erhöhen. Dadurch können darin befindliche Gase oder Flüssigkeiten leichter zur Bohrung fliessen und gewonnen werden.

Beim Fracking wird eine Flüssigkeit unter hohem Druck durch eine Bohrung in den Untergrund gepresst. Als Fracfluid dient Wasser, das zumeist mit Stützmitteln und Verdickungsmitteln versetzt ist. Fracking wird vor allem bei der Erdöl- und Erdgasförderung sowie bei der Erschliessung tiefer Grundwasserleiter für die Wassergewinnung und der Verbesserung des Wärmetransportes bei der tiefen Geothermie eingesetzt. Umweltrisiken und mögliche Gesundheitsgefahren des Frackings führten

vor allem in Europa zu einer andauernden fachlichen, politischen und gesellschaftlichen Debatte. Einige Länder und Regionen haben Erdgas-Fracking gesetzlich verboten. Bezüglich potenziellen Umweltschäden und Gefahren besonders problematisch ist das Fracking zur Förderung fossiler Kohlenwasserstoffe, nicht zuletzt durch die zugesetzten Chemikalien. Risiken bestehen insbesondere hinsichtlich

- einer Verunreinigung des oberflächennahen, für die Trinkwassergewinnung genutzten Grundwassers mit Fracfluiden und den darin enthaltenen Chemikalien durch Lecks in der Verrohrung
- einer Verunreinigung von Oberflächengewässern durch die nach dem Frack-Vorgang austretenden Fracfluide und die darin enthaltenen Chemikalien
- Migration von Stoffen aus der Lagerstätte in andere Schichten
- Unfälle beim Abtransport des Brauchwassers plus der darin enthaltenen Chemikalien.



Schematische Darstellung der potenziellen Umweltrisiken einer Bohrung.

Unterschiedlicher Fokus

Hanspeter Uster
Bild Archiv Neue ZZ

6 Ende 2015 ist das Buch «macht.ch» von Ueli Mäder erschienen. Es enthält unter anderem die Fallstudie «Glencore oder die Rhizome der Macht» von Ganga Jey Aratnam (1). Er erwähnt, das Rhizom habe keine hierarchische Struktur und erlaube es, «die Rohstoff(markt)macht in ihren vielgestaltigen und transnationalen Verflechtungen und Verbindungen zu begreifen» (S. 398). In einem Artikel in der Zeitschrift «Widerspruch» (2) habe ich Ende 2016 die Rolle der Linken in Zug genauer angeschaut.

Grundlage für den Boom von Zug als Standort steuerprivilegierter Unternehmen namentlich auch aus dem Handels- und Rohstoffhandelsbereich war die Zuger Steuergesetzrevision im Jahr 1947, nach wenig erfolgreichen Versuchen ab 1921. Der spätere Bundesrat Philipp Etter befürchtete 1924 als Regierungsrat der Katholisch-Konservativen, «dass nach Inkrafttreten vorgeschlagenen Gesetzes eventuell Gesellschaften in den Kanton Zug hinziehen könnten, die später demselben mehr Sorge als Freude eintragen». (3) SP-Regierungsrat Heinrich Gallmann votierte gegen Eintreten, denn er erachtete es als «ganz unmoralisch, dass einzelne Kantone sich zu Abmachungen, wie hier vorgesehen, herbeigelassen hatten».

Das Steuergesetz von 1947 war das Resultat eines historischen Kompromisses: Die Bürgerlichen wollten eine Verstärkung der Steuerprivilegien und den Aufbau eines Dienstleistungssektors. Dem stimmten SP und Christlichsoziale aber nur mit einer gleichzeitigen Entlastung der tieferen Einkommen zu, was dann auch geschah. Das freisinnige «Zuger Volksblatt» sprach 1947 denn auch von einer «Verständigungslösung».

Zugerische Spezialität mit Folgen

In den 1950er-Jahren führte die Steuerverwaltung ohne demokratische Debatte das fortan wichtigste Steuerprivileg ein: Die «gemischte Gesellschaft». Dieses kam und kommt insbesondere global tätigen Handelsfirmen entgegen, die ihre Hauptgeschäfte im Ausland ausüben, aber in

der Schweiz eine nebensächliche Tätigkeit von unter 20 Prozent verfolgten. Im Gegensatz zu Domizilgesellschaften, die in der Schweiz keine Geschäftstätigkeit verrichten dürfen, ist den gemischten Gesellschaften erlaubt, ihre Geschäftstätigkeit in eigenen Büros und mit eigenem Personal in Zug auszuüben. Ihr im Ausland erzielter Ertrag wird nur zu einem Viertel besteuert; der Rest ist im In- und Ausland steuerfrei (4). Die gemischte Gesellschaft ist einer der wichtigsten Steuerwettbewerbsvorteile des Kantons Zug und Schlüsselfaktor für die Ansiedlung von Handelsfirmen.

In der Kantonsratsdebatte wurde ein SP-Vorstoss zur gemischten Gesellschaft damit begründet, es gehe nicht um ein Verbot der gemischten Gesellschaft, sondern «lediglich darum, für ihre Besteuerung eine einwandfreie Rechtsgrundlage zu schaffen», da es in verschiedener Richtung eindeutig einen Regelungsbedarf gebe, namentlich auch im Bereich der Doppelbesteuerung. Das Votum der Alternativen stellte die gemischten Gesellschaften grundsätzlich in Frage, besonders mit Blick auf die Verhältnisse in den Ländern, wo die über Zug gehandelten Rohstoffe abgebaut werden.

Unterschiedlicher Fokus

Während die Alternativen seit den 1970er-Jahren regelmässig Kritik am Rohstoffhandel übten, wurde diese von der SP selten mitgetragen. Nicht zufällig zitierte das «Wall Street Journal Europe» 2001 in einem Artikel zu Zug eine Aktivistin wie folgt:

«The left-wing party is the only one that is willing to address the moral questions.» Einige wenige Beispiele: Im Sommer 1985 etwa lehnte die SP die Unterstützung einer Anti-Apartheid-Demonstration ab, weil die Demo die Apartheid in Südafrika mit einer generellen Kritik an der Kollaboration des Zuger Rohstoffhandelsplatzes mit der südafrikanischen Regierung verband. Bereits 1984 hatte die SP eine «Motion Lang betreffs Wirtschaftsbeziehungen der Marc Rich und des Zuger Finanz- und Handelsplatzes mit dem südafrikanischen Apartheidstaat» abgelehnt, die «als Entschädigung für die aus dem Südafrika-Geschäft fliessenden Steuereinnahmen» verlangt hatte, dass Zug 125 000 Franken an zwei südafrikanische Gewerkschaften spendet. Die SP schlug stattdessen vor, im Rahmen des Budgets die Entwicklungshilfe zu erhöhen. Soweit aus den Protokollen des Stadtparlamentes ersichtlich, stellte sie in den folgenden Jahren aber nie einen entsprechenden Antrag.

Wie nachhaltig die Zuger Sozialdemokratie in die erwähnte «Verständigungslösung» rhizomatisch eingebunden war, zeigte sich besonders deutlich, als die Alternativen ab 1982 im Stadt- und ab 1986 im Kantonsparlament vertreten waren. Um den Zusammenhang von Rohstoffhandel und Armut im Globalen Süden zu thematisieren, stellte Josef Lang im Stadtparlament den Antrag, «für jede Firma, die von hier aus an der Ausbeutung der Dritten Welt beteiligt ist, die Betreuung von mindestens einem Flüchtling aus der Dritten Welt zu übernehmen». Der damalige SP-Stadtrat verteidigte die in der Stadt Zug domizilierten Unternehmen, «die weltweit tätig sind und Handel mit vielen Ländern, darunter auch mit solchen aus der Dritten Welt betreiben. Diese Unternehmen [...] bieten in der Stadt Zug über 20 000 Arbeitsplätze an und sichern damit wahrscheinlich



Prestige-Demo 2003, die grösste Demo in der Zuger Geschichte seit 1945.

gegen 50 000 Personen [...] Lebensgrundlage und Existenz.» In der Folge unterstützte kein SP-Gemeinderat den Vorstoss.

Im Januar 2003 organisierten die Alternativen die Demo zum Tankerunglück in Galicien. Eine Zuger Firma hatte den Tanker Prestige gechartert, der vor der Küste Galiciens im November 2002 auseinanderbrach. Die SP unterstützte die Demo nicht: «Wir wollen uns nicht in einem nationalen Wahljahr mit dem Schicksal der Betroffenen profilieren.» Möglicherweise ahnten die SP-Verantwortlichen, was nachher geschah: Die FDP-Fraktionschefin kommentierte meine Ansprache an der Demo: «Was Uster macht, ist eine Schweinerei.» Und der SVP-Präsident meinte: «Es ist eine Katastrophe, dass ein Zuger Regierungsrat gegen eine Zuger Firma demonstriert.» Den Präsidenten und den Geschäftsführer der SP hingegen lobten sie.

Das Rhizom wirkt ohne Absprachen oder Gegenleistungen, wie Aratnam analysiert, aber mit Folgen für die potenziell kritischen Stimmen. Letztes Beispiel: Die SP-Präsidentin stimmte 2015 in der Kantonsratskommission dem Vorschlag der Regierung zu, dass ganz reichen Ausländer/innen eine Niederlassungsbewilligung auch ohne genügende Deutschkenntnisse hätte erteilt werden dürfen.

Ethische Dimension

Bei der Diskussion um die Steuerprivilegien geht es aber nicht allein darum, dass immer mehr Normalverdiener aus Zug verdrängt werden. Es geht auch um die grundlegende ethische Dimension der Steuerprivilegien überhaupt, die Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz so formuliert: «Der Wohlstand der rohstoffreichen Entwicklungsländer hängt davon ab, wie viel Geld sie für ihre Bodenschätze erhalten. – Die Ertrags-

kraft der reichen Konzerne in den Industriestaaten hängt davon ab, wie wenig sie dafür zahlen.»

Gerade Grüne und SP sind in denjenigen Kantonen herausgefordert, die eine euphemistisch als Steueroptimierung bezeichnete Fiskal- und Wirtschaftspolitik betreiben. Hier können wir uns nicht darauf beschränken, Steuereinnahmen, die auch aus der Ausbeutung der Länder des Südens und der Steuerflucht resultieren, etwas gerechter zu verteilen. Vielmehr braucht es einen Horizont, der es ermöglicht, sich solche Fragen überhaupt zu stellen. Und es braucht ein wesentlich stärkeres Engagement für europäische und globale Gerechtigkeit, fiskalisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Nicht zu einem Teil des Rhizoms zu werden, bedarf in einem Land wie der Schweiz und gerade auch in Zug einer besonderen Anstrengung. ■

(1) Rotpunktverlag Zürich, S. 395–425.

(2) Widerspruch Nr. 68, 2. Halbjahr 2016, S. 57–68.

(3) Diese Zitate aus: Michael van Orsouw, Das vermeintliche Paradies, 1995.

(4) SGA-Bulletin 2/1989.

Falsche Argumente

Claudio Meisser, KriFo Cham

8 Ja zum neuen Energiegesetz! Unsere Parlamentskammern haben 2016 nach langem Zähneziehen und Feilschen in den Kommissionen die komplette Überarbeitung des Energiegesetzes (siehe Eckwerte im grossen Kasten) von 1998 mit deutlicher Mehrheit verabschiedet.

Mit einem Ja am 21. Mai zum neuen Energiegesetz stimmen wir auch einer leichten Verschärfung des bestehenden CO₂-Gesetzes zu. Der Flottenausstoss der neu verkauften Personwagen muss ab 2020 unter 95 Gramm CO₂ pro Kilometer liegen. Die viel effektivere, von uns seit langem ersehnte Belastung der Treibstoffe mit einer direkten CO₂-Steuer bleibt vorderhand Wunschdenken. Die ebenfalls mit diesem Umengang gekoppelte Anpassung des Kernenergiegesetzes verbietet den Bau neuer Atomkraftwerke sowie grundlegende Änderungen bestehender Nuklearanlagen. Ein fixes Datum für den Ausstieg aus der Atomenergie wird nicht festgelegt. Ob wir wollen oder nicht, wir müssen der im Krisenfall nur zusammen mit dem Bundesrat handlungsbefugten Sicherheitsbehörde (ENSI) vertrauen und hoffen, dass sie dem Druck von Politik und Wirtschaft widersteht.

Referendum

Da Albert Rösti und seine Partei sowie mehrere FDP-Parlamentarier immer noch an das Revival der Nuklearindustrie glauben, haben sie mit 68000 Unterschriften erreicht, dass auch die Stimmbürger am 21. Mai an der Urne über die zukünftige Energiestrategie mitentscheiden können. Warum die SVP trotz belegter Kosten von 13 bis 15 Rappen pro Kilowattstunde Atomstrom (reiner Arbeitspreis, ohne Netzzuschläge, Endlagerkosten und Versicherungsprämien) immer noch an die Chancen der Nuklearindustrie glaubt, ist mir unerklärlich. Diese Stromkosten haben die erneuerbaren Energien, selbst wenn man die notwendigen Speicheramortisationen und Netzausbauten hinzurechnet, längst un-

terboten. Dies zeigt sich auch am Beispiel Axpo: Sie will Dienstleistungen und erneuerbare Energien in die rentable «Solutions» auslagern und den unrentablen Betrieb der AKW und die AKW-Beteiligungen sowie das Pumpspeicherwerk Linth-Limmern in einer verlustreichen Auffanggesellschaft zusammenfassen!

Unsere Gegenargumente

Dem Referendumskomitee mit seinen Argumenten entgegenen wir Folgendes:

- **Weniger Versorgungssicherheit**

Ganz im Gegenteil. Nur eingesparte Energie sichert die Zukunft der nächsten Generationen und kann die Auswirkungen von Klimaerwärmung und Wirtschaftskrisen minimieren. Dass Atomkraftwerke das Blackout-Risiko nicht reduzieren, sondern vergrössern, hat Frankreich in den eisigen Januartagen dieses Jahres erfahren. Weil 40 Prozent ihrer AKW-Kapazitäten nicht einsatzbereit waren oder ungeplant ausfielen, wurden Bevölkerung und Verwaltungen aufgefordert, die Leistung ihrer Elektroheizungen zu reduzieren, Schulen zu schliessen und Strassenbeleuchtungen auszuschalten. Doch auch schweizerische AKW-Betreiber mussten unangenehme Fragen beantworten: Wie ist es möglich, dass in Leibstadt infolge mangelhafter Wärmeabfuhr Brennstäbe bei nahezu 1000 Grad unbemerkt oxidieren? Warum haben die grossen AKW-Betreiber die Zukunft der erneuerbaren Energien bis heute kleingeredet, obwohl ihre Nuklearindustrie bereits vor 5 Jahren, nach nur 50 Jahren, in einer ausweglosen Sackgasse gelandet ist?

Die Eckwerte des neuen Energiegesetzes

Der schweizerische Stromverbrauch beträgt aktuell etwa 66 Terawattstunden (1 Terawattstunde = 1000000000 Kilowattstunden). Ohne Anrechnung der Wasserkraft sollen bis 2020 4,4 Terawattstunden Elektrizität aus erneuerbaren Ressourcen stammen. Im Jahr 2035 soll diese Produktion bei mindestens 11,4 Terawattstunden liegen. Die Wasserkraft soll 2035 mindestens 37,4 Terawattstunden liefern. Der durchschnittliche Energieverbrauch pro Person und Jahr (alle Ressourcen) soll bis zum Jahr 2020 um 16 Prozent und bis zum Jahr 2035 um 43 Prozent gesenkt werden. Referenzjahr ist das Jahr 2000. Der Stromverbrauch soll im gleichen Zeitraum um 3 respektive 13 Prozent gesenkt werden.

Zur Förderung der erneuerbaren Energien wird im ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 die Einspeisevergütung, bekannt unter dem Namen Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV), angepasst. Die Finanzierung erfolgt nach wie vor über einen Zuschlag, den jeder Stromkonsument bezahlt. Um mehr Anlagen zu fördern, wird dieser von bisher maximal 1,5 Rappen pro Kilowattstunde Strom auf max. 2,3 Rappen pro Kilowattstunde erhöht. Für die Einspeisevergütung stehen bei einer Annahme der Vorlage 1,3 Rappen pro Kilowattstunde zur Verfügung. 0,2 Rappen sollen für die Einmalvergütung von Photovoltaik-Anlagen eingesetzt werden, ebenfalls 0,2 Rappen pro Kilowattstunde als Marktprämie für bestehende Grosswasserkraftwerke. Unterstützt werden auch Investitionen in neue Gross- und Kleinwasserkraftwerke sowie Biomasse. Neu sollen auch Photovoltaik-Anlagen, die grösser als 30 Kilowatt Maximalleistung sind, von Einmalvergütungen profitieren. Die Investitionsbeiträge (inkl. Einmalvergütungen) stehen längstens bis im Jahr 2030 zur Verfügung.



Ein Braunkohlekraftwerk – diese Art von Kraftwerke verursachen für einen hohen CO₂-Ausstoss.

- **Mehr Auslandabhängigkeit**

Meine Beurteilung ist genau umgekehrt. Ein Ausbau der Wasserkraft und der weitere Bau von Pumpspeicherkraftwerken ist ohne Energiegesetz und neuem CO₂-Gesetz nicht finanzierbar. Bei einem Nein würden wir weiterhin billigen Kohlestrom und überschüssigen Atomstrom aus den umliegenden Ländern importieren und die von allen geforderte Handlungsfähigkeit im Energiebereich definitiv aufgeben.

- **Unbezahlbarer Energie**

Unbezahlbar ist eine masslose Übertreibung. Dass der elektrische Strom infolge des neuen Energiegesetzes etwa 1 Rappen pro Kilowattstunde teurer wird, ist richtig. Mehr Marktwirtschaft im Energiesektor, die Verbesserung des Hochspannungsnetzes und der Speicherkapazitäten sowie die Verringerung des CO₂-Ausstosses müssen früher oder später zu einem Preisanstieg bei der elektrischen Energie sowie bei den Treibstoffen führen.

Sie wird Personen am Existenzminimum vorerst belasten, längerfristig infolge der Lenkungswirkung aber stark entlasten.

- **Mehr Bürokratie und Verbote**

Offensichtlich geht es nicht ohne. Wer die Klimaerwärmung als Folge unseres viel zu grossen Fussdruckes betrachtet, bevorzugt ohne äusseren Druck erneuerbare Ressourcen. Er hat begriffen, dass der internationale Warentransport die verursachten Schäden in keiner Weise deckt, setzt auf nachhaltiges Bauen und bewegt sich mit ÖV. Leider ist für viele Bürger das Auto immer noch das wichtigste Statussymbol. Der Kanton Zug ist hier mit seinen teuren, PS-starken und überdimensionierten 4x4-Wagen ein Paradebeispiel!

- **Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand**

Auch hier – ich sehe das genau umgekehrt. Unser Wohlstand wird durch Uraltreaktoren und nicht durch die erneuerbaren Energien bedroht. Sie schaffen in der Schweiz

wesentlich mehr neue Arbeitsplätze als beim Abschalten der AKW verloren gehen. Andernfalls würde der Ausbau der erneuerbaren Energien in Nachbarstaaten erfolgen und in der Schweiz weder Wertschöpfungen oder Investitionen auslösen.

- **Landschaftsverhandlung**

Bekämpft die SVP neuerdings die Modernisierung unserer Stauseen und bildet mit den Naturschützern eine alternative Allianz? Auch Windkraftanlagen haben, wie Haldenstein (GR) oder die von der BKW betriebene Anlage auf dem Jura demonstrieren, ihre Berechtigung. Windturbinen ergänzen die Solarenergie in idealer Weise. Bei intensiver Sonne ist der Wind gering, bei hohen Windstärken lässt sich die Sonne nur in seltenen Fällen blicken.

Unsere Aufklärungsarbeit ist wichtig

Da in Zug die nuklearfreundliche AVES und die konservative Treibstofflobby besonders präsent ist, müssen wir alles unternehmen, um nicht bereits wieder als reaktionärer Kanton aufzufallen. Das Zuger Abstimmungsresultat wird in starkem Mass vom Glauben an den Erfolg einer Wirtschaft dank billiger Energie bestimmt. Aus meinem Blickwinkel eine fatale Fehleinschätzung. Ich kenne keine Alternative zur ES 2050 und bin überzeugt, dass sie unsere Volkswirtschaft und Innovationskraft stärken wird. Legen wir deshalb aus Überzeugung ein Ja in die Urne. ■

Forum Energiestrategie 2050

Die acht Zuger Energiestädte organisieren das Forum Energiestrategie 2050. Es findet am Dienstag, 25. April 2017, um 19.30 im Lorzensaal, Cham, statt. Details siehe gemeindliche Publikationen im Amtsblatt. Interessierte sind herzlich willkommen.

Stabwechsel

Hansruedi Küttel

10

Der Präsident der Alternativen – die Grünen der Stadt Zug gibt sein Amt nach 6 Jahren ab. Das BULLETIN hat ihn dazu befragt. Das Interview wurde am 26. Februar 2017 geführt.

BULLETIN: Du warst 6 Jahre Präsident der Alternativen – die Grünen der Stadt Zug. Nun gibst du den Stab ab. Wieso?

Thomas Ehrensperger: In diesen sechs Jahren habe ich einige schwierige Dossiers bearbeitet. Diese sind nun geschlossen und ich kann sie sozusagen mit mir nehmen. Ein neuer Vorstand kann im Hinblick auf die Wahlen 2018 unbeschwert neu beginnen. Der Weg soll auch frei sein für neue Kräfte, hoffentlich auch aus der nächsten oder übernächsten Generation.

BULLETIN: Wie fühlt es sich an, nach so intensiver Zeit abzutreten?

TE: Ich werde mein Haupt-Hobby aufgeben (lacht) und sicher einen Moment in ein Loch fallen. Allerdings bin ich auch nachher nicht weg von der Partei. Ich habe nicht vor, alle meine politischen Aktivitäten einzustellen oder gar meine politischen Ansichten zu ändern. Sitzt der Virus des politischen Denkens einmal im Kopf drin, geht der nicht so schnell raus.

BULLETIN: Wann und warum hast du eigentlich den Entschluss gefasst, Parteipräsident zu werden?

TE: Schon seit 1986 war ich immer mal wieder aktiv in der Partei und übernahm verschiedene Aufgaben in Arbeitsgruppen, Kommissionen und Vorstand, ich war sogar schon mal Präsident vor vielen Jahren in Cham. An einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung im Januar 2011 erkannte ich, dass es meine Aufgabe sein könnte, die Partei in einer turbulenten Phase zu beruhigen und so zu stärken. Einen Monat später wurde ich an der Jahresversammlung gewählt. Der Vorstand war zerstritten, es brauchte eine neue

Führung, um das Schiff wieder auf Kurs zu lenken. Mir war klar, dass die Partei vor einem entscheidenden Wendepunkt stand. Ich wollte sachpolitisch etwas erreichen und nicht unnötig Energie in fruchtlose Rangeleien investieren. Den Wert und das Ansehen, die Glaubwürdigkeit der Alternativen – die Grünen in der Zuger Politiklandschaft zu erhalten, war mir sehr wichtig. Meine politische Heimat drohte verloren zu gehen.

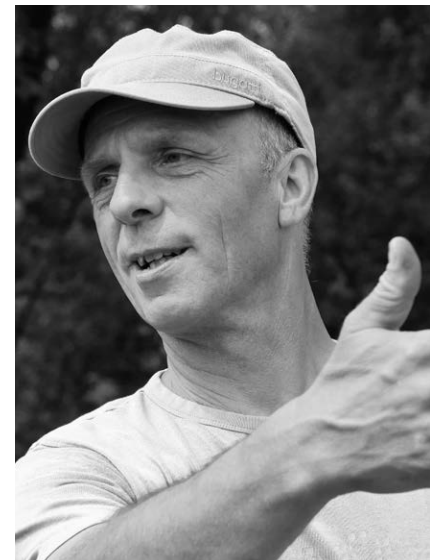
BULLETIN: Welche Themen haben dich dann in diesen sechs Jahren am meisten beschäftigt?

TE: Das war ein ziemlich bunter Strauss! Wir reden hier von der Stadt Zug, da war einiges los, in sehr verschiedenen Themenbereichen: Mein persönlicher Favorit und meine grösste Freude war es, dass wir die 2000-Watt-Initiative beim Volk durchgebracht haben. Die Umsetzung begleite ich seither in einer Arbeitsgruppe, in der man sich regelmässig mit dem Stadtrat an einen Tisch setzt und bespricht, wie man dem Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft näherkommen kann. Das ist ein hartes Ringen um kleine Schritte, dafür liegt dem Ganzen eine visionäre Vorstellung zu Grunde. Eine weitere Herzensangelegenheit war die Arbeitsgruppe «Wohnen im Alter», die ich gegründet habe, mit dem Ziel alternative Wohnformen auch für älter werdende Menschen in der Stadt Zug zu realisieren. Aus dieser Arbeitsgruppe ist nun die Wohnbaugenossenschaft «W'Alter» entstanden. Diese genannten Bereiche waren für mich so gewinnbringend, weil ich Themen, die mir viel bedeuten, lancieren oder mitlancieren konnte.

Im Gegenzug dazu kommt es in der Politik immer wieder oder immer häufiger – wie mir scheint – vor, dass man etwas politisch bekämpfen

muss. In diese Kategorie fiel z.B. der Stadttunnel, das Salesianum, die Rebellshalle in Oberwil, die Doppelinitiative gegen die Zentralisierung der Verwaltung, das Referendum gegen das Podium 41, das Sparpaket, das Unterfeld etc. Es liegt in der Natur der Sache, dass das nicht gleich viel Spass macht.

Daneben gibt es Bereiche, die Dauerthemen sind wie Mitgliederanlässe organisieren, Homepage beobachten, neue Inhalte anregen, Absprachen mit den Vorstandsmitgliedern der städtischen und kantonalen Partei und



dem Sekretariat, Strassenaktionen organisieren (Flyer verteilen, Stände, Velokorso) und vieles mehr. Ach ja, die Wahlen, fast hätte ich diese vergessen. Genau diese Vielfalt an Themen machte meinen Job so interessant. Der vertiefte Einblick in die Funktionsweise von politischen Prozessen war einer der grossen persönlichen Gewinne meiner Arbeit. Und last, but not least, die starke Vernetzung mit Menschen aus dem politischen Umfeld jeder «couleur» in Zug.

BULLETIN: Das tönt nicht nach wenig. Wovon hättest du gerne noch mehr gehabt oder gemacht?

TE: Ich hätte gerne mehr anregende Referate oder Exkursionen für Mitglieder und Interessierte organisiert, doch hat mich die aktuelle Sachpolitik manchmal sehr im Zaum gehalten. Ich habe darunter gelitten, dass ich häufig reagieren musste und nicht agieren konnte. Initiativen starten und damit eine «Bewegung» auslösen, das ist spannend. Doch musste ich erkennen, dass ich das zwar gerne mehr getan hätte, gleichzeitig bin ich aber eher der «Organisator» und ich glaube, dass ich nicht so gut «abgeben» kann.

BULLETIN: Den Präsidenten der Alternativen nimmt man in der Regel nicht so wahr. Ist das so gewollt?

TE: Das liegt mir nicht. In anderen Parteien sind Präsidentin oder Präsident auch gleichzeitig Mitglied im Grossen Gemeinderat und/oder im Kantonsrat. Damit sind sie automatisch mehr im Rampenlicht. Ich sehe die Hauptaufgabe der Präsidentin oder des Präsidenten darin, Dienstleistungen für die Partei, die Mitglieder sowie die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu erbringen. Dazu kommt, dass ich mich nicht als besonders guten Schreiber sehe. Ich hätte mir oft gewünscht, schlagfertig in die Tasten greifen zu können und mit Leserbriefen an der öffentlichen Diskussion teilzunehmen. Als Stefan Gisler und Jolanda Spiess-Hegglin im Vorstand das Ressort Medienarbeit betreuten, funktionierte dies sehr gut. Nachher hatten wir keine personellen Ressourcen, um diese Lücke zu füllen.

BULLETIN: Was unterscheidet die alternative grüne Ortsgruppe der Stadt von jenen vom Land (Baar, Cham etc.)?

TE: Wir haben zum Glück ein Parlament. Das heisst, die politische Diskussion ist sehr angeregt und die Mitwirkung an politischen Prozessen ist durch die ParlamentarierInnen viel intensiver und erst noch breiter demokratisch abgestützt als

an Gemeindeversammlungen, wo nur wenige Prozent StimmbürgerInnen entscheiden können. Ein weiterer Unterschied zeigt sich im Kontakt mit der Bevölkerung. Durch die Zentrumsfunktion von Zug sind wir in einer anderen Situation. Mit Standaktionen können in der Stadt mehr und einfacher Leute erreicht werden.

BULLETIN: Es könnte der Eindruck entstehen, die Partei kann sich nicht entscheiden, ob sie grün oder alternativ ist. Wieso diese Namenskonstellation? In der Kurzform sprechen wir meist einfach von den Alternativen. Geht grün unter?

TE: Nein, grün geht nicht unter und darf nicht untergehen. Der Name



Mitgliederanlass im Tellenörtli.

hat eine Geschichte und zeigt, dass wir Alternativen zur vorherrschenden Politik bieten wollen. Die Alternativen – die Grünen steht für eine Kombination von Anliegen im sozialen und gesellschaftspolitischen Bereichen und umweltpolitischen Themen und das «Alternativ» ist für mich auch klar der Ausdruck von LINKER grüner Politik. Wir brauchen auch eine sprachliche Abgrenzung gegenüber anderen Parteien, die «grün» und «sozial» im Namen führen.

BULLETIN: Wie sieht die Stadt Zug in deiner Utopie aus?

TE: Zug sollte eine Stadt sein, in der Menschen leben, welche sich solidarisch zu ihren Mitmenschen verhalten, ungeachtet deren Alters, Herkunft oder sozialen Status. Eine Stadt mit Menschen und Unternehmen, die faire Steuern zahlen und die Umwelt als einmaliges Gut achten. Ich wünsche mir auch eine Stadt, die unkonventionellen Wohn- und Lebensformen offen gegenübersteht und nicht mit allem Gewinnmaximierung betreibt. Zug sollte eine Stadt sein, die internationalen Multis, welche ärmeren Regionen der Welt das letzte Leintuch wegziehen, keinen sicheren Hafen mehr bietet. Daneben sollten wir dem Langsamverkehr endlich den Platz einräumen, den er verdient hat. Zug ist wegen seiner Grösse eine

ideale Stadt, um sie zu Fuss oder mit dem Velo zu durchqueren. Attraktivere Bedingungen (sichere Wege, Bevorzugung des Langsamverkehrs bei Kreuzungen, wetterfeste Velounterstellplätze etc.) würden automatisch dafür sorgen, dass mehr Leute das Auto daheim stehen lassen oder in Zukunft autofrei wohnen. Diese Stadt wäre ideal dafür.

BULLETIN: Thomas, besten Dank für das Gespräch und ich hoffe, wir treffen uns noch oft! ■

Bruder Klaus und «seine» drei Zäune

Josef Lang

12

Ein Auszug aus meinem Beitrag im offiziellen Buch zum 600. Geburtstag Niklaus von Flües.

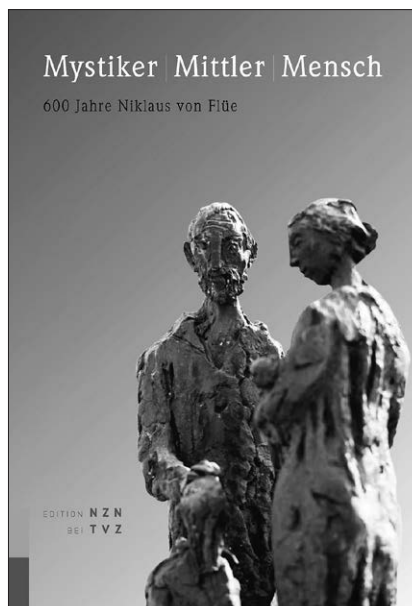
Wenn die folgenden Zeilen von Zäunen handeln, gehen sie zwar davon aus, dass der Satz «Stecket den Zun nit zu wit» zu den berühmtesten gehört, die Niklaus von Flüe zugeschrieben werden. Wichtiger aber sind zwei andere: der soziale Zaun, der in der leider viel zu wenig bekannten Brunnenvision des Ranft-eremiten eine grosse Bedeutung hat, und der polizeiliche Zaun, den das Stanser Verkommnis aufgebaut hat, um die Herrschaften vor den Untertanen zu schützen.

Vom nationalen ...

Die bekannte Aufforderung, den Zaun nicht zu weit zu stecken, stammt vom Luzerner Chronisten Hans Salat. Dessen Motiv hatte mit einem Konflikt zu tun, den es zu Lebzeiten von Bruder Klaus noch nicht gegeben hat: die konfessionelle Spaltung. Der katholische Innerschweizer Salat richtete sich 1537 gegen die Bestrebungen des kalvinistischen Genfs, in den schweizerischen Schutzkreis zu treten und gegen die Anerkennung der vom protestantischen Bern eroberten Waadt als eidgenössisches Territorium. Nur dank der gegen die katholischen Orte durchgesetzten Ausweitung kam es zu einer Schweizerischen Eidgenossenschaft mit der Romandie.

... über den sozialen ...

Der Zaun, bei dem man in guten Treuen davon ausgehen kann, dass er von Niklaus von Flüe selber stammt, gehört zu dessen Brunnenvision. «Sehr arme» Leute, «die schwere Arbeit taten», wurden durch einen Zaun daran gehindert, im Innenraum aus einem Brunnen zu schöpfen, «der so klares Wasser führt und so grossen Überfluss hat». Es gab davor zwar ein Gatter, aber durch dieses gelangte nur, wer den dort stehenden



Das offizielle Buch zum 600. Geburtstag Niklaus von Flües.

Abzockern einen Batzen bezahlen konnte. «Und bis die Leute das alles bezahlt hatten, waren sie so arm und schwach, dass sie nicht mehr die Kraft hatten, hereinzukommen, sie konnten gar nicht alles bezahlen, sie waren am Verhungern.»

Der Züricher Schriftsteller und Publizist Hans-Rudolf Hilty (1925–1994), der die Brunnenvision in seinem 1981 erschienenen Buch «Bruder Klaus oder zwei Männer im Wald» einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht hat, interpretierte den «Zaun» als «Zollschranke» auf dem Weg zum «Brunnen der Gnade». Dem fügte er bei: «Geschichtlich mag man an Ablass denken» oder «an die fortschreitende Geldmacherei bei Wallfahrtsorten». Ein «besonderer Affront» waren Niklaus von Flües Proteste gegen die «Käuflichkeit der Behörden» zum Zeitpunkt seines Rücktritts um 1467 gewesen. Hilty unterstreicht die sozialrebel-

liche Ausstrahlung des Emeriten mit einem Lied aus dem Grossen Bauernkrieg (1653). In diesem haben sich die Untertanen nicht nur auf Wilhelm Tell, sondern zugleich auf Bruder Klaus berufen.

... zum polizeilichen Zaun

Wer vom Bauernkrieg spricht, kann vom Stanser Verkommnis nicht schweigen. In diesem ging es nicht nur um die Verhinderung eines Kriegs zwischen Stadt- und Ländern. Es ging mindestens so stark um das Verbot der Untertanen, sich eigenständig zu versammeln, und um die Pflicht der Obrigkeiten, sich gegen Aufmüpfige und Aufständische beizustehen. So verweigerten die Berner Herren ihren Bauern am 12. Mai 1653 das Versammlungsrecht unter ausdrücklichem Hinweis auf das Stanser Verkommnis. Dieses bildete dann auch die Grundlage für die gemeinsame Niederschlagung des Aufstandes im folgenden Monat. Als im 18. Jahrhundert die Behörden begannen, sogar kollektive Beschwerden zu kriminalisieren, beriefen sie sich auf das Stanser Verkommnis. Hatte Bruder Klaus mit diesem Teil des Stanser Verkommnisses etwas zu tun? Wen die dezidierte Antwort des aus Baar stammenden Manfred Züfle interessiert, der lese meinen vollständigen Beitrag im Bruder-Klaus-Buch «Mystiker Mittler Mensch». ■

Solidarisch mit wem?

Josef Lang

Im Mai 1991 weigerte sich Regierungsrat Hanspeter Uster, Zuger Polizisten für die Ausweisung von Kurdinnen und Kurden nach Obwalden zu schicken.

«Uster lehnt Hilfesuch ab». So lautete der Haupttitel der «Zuger Nachrichten» am 5. Juni 1991. Der alternative Regierungsrat, der ein halbes Jahr zuvor sein Amt angetreten hatte, verweigerte Anfang Mai dem Kanton Obwalden die Solidarität beim Ausschaffen von kurdischen Flüchtlingen. Nachdem bereits die Wahl Hanspeter Usters im November 1990 sowie das Untertauchen der kurdischen Familien im damaligen Friedensdorf Flüeli-Ranft ein grosses Echo gefunden hatten, wurde das Zusammenfallen der beiden Ereignisse zu einer brisanten Geschichte.

Friedensdorf und Asyl

Das Friedensdorf Flüeli-Ranft war 1981 anlässlich des 500. Jahrestages des Stanser Verkommnisses gegründet worden. Die kirchlichen Jugendverbände Blauring und Jungwacht, welche das pazifistische Projekt verwirklichten, standen mit der Mehrheit der Jungen unter dem Eindruck von Kriegsgefahr und Friedensbewegung. Sie führten Kurse und Tagungen durch, 1984 sogar eine alternativzivile Rekrutenschule. 1995 zog das Friedensdorf in die Greyerzer Gemeinde Broc um. Die wichtigste Aktion im Flüeli-Ranft war Anfang 1991 die Beherbergung hungerstreikender Flüchtlinge aus dem türkischen Teil Kurdistans. Bürgerinnen und Bürger aus Obwalden und anderen Kantonen solidarisierten sich und fasteten über 40 Tage.

Darauf tauchten die Flüchtlinge in verschiedenen Schweizer Kantonen unter, wurden dann von der Polizei nach Giswil in einen unterirdischen Zivilschutzkeller gebracht. Dabei wurden eingeschlossenen Familien elementare Menschenrechte verweigert. Allerdings lag die Hauptverantwortung beim Bundesrat, allen voran

beim zuständigen EJPD-Chef Arnold Koller. Dieser gehört jener Partei an, die immer noch glaubt, Bruder Klaus würde heute aus konfessionellen und anderen Wertegründen ihr angehören.



Das Friedensdorf Flüeli-Ranft.

Die Weigerung Usters und der Protest der CVP

In Ausführung der bundesrätlichen Anweisung ersuchten die Obwaldner Behörden die Zuger Polizei um Hilfe bei der Ausschaffung der kurdischen Flüchtlinge. Das Gesuch erfolgte im Rahmen eines 1980 beschlossenen Polizeikonkordats, das die Linke erfolglos bekämpft hatte. Während das Zuger Polizeikommando gerne mitgemacht hätte, weigerte sich der Polizeidirektor Hanspeter Uster, Zuger Polizisten nach Obwalden zu schicken. Rechtlich stützte er sich auf den Umstand, dass die Ausschaffung von Flüchtlingen im Konkordat nicht erwähnt war. Und 1979 bei der Beratung des Konkordats hatte der damalige Polizeidirektor, der

CVP-Vertreter Ruedi Meier, gesagt, die «gegenseitige Hilfe» würde «ab-schliessend beschrieben».

Die Partei, die am heftigsten Sturm lief gegen Usters christliche Tat, war diejenige, die sich christlich nennt (weil es sonst nicht auffallen würde). Der Schlüsselsatz in deren Stellungnahme lautete: «Es darf nicht so weit kommen, dass sich ein Regierungsmitglied nach eigenem Gutdünken

über ein Konkordat hinwegsetzt, ohne sich um die möglichen Konsequenzen zu kümmern.» Uster, der national grosses Lob erhielt, wies den Vorwurf zurück. Schliesslich hatte er sich als einziger an den Wortlaut des Konkordats gehalten.

Der heutige Gemeindepräsident von Alpnach, mit dem ich Anfang der 1970er-Jahre im Kollegium Sarnen die Schulbank gedrückt hatte, schrieb 1991 als «Bund»-Redaktor in einem Beitrag zur Serie «Heimat 1991» folgenden Schlusssatz: «Wenn man der Verluderung dort auf die Spur kommt, wo man seine Wurzeln hat, dann tut es ganz besonders weh.» Uns Zuger Alternativen tat es besonders gut, einen mutigen Vertreter in der Regierung zu haben. ■

Frau Landammann für alle?

Manuela Weichelt-Picard, Frau Landammann Kanton Zug
Bilder Thomas Gretener

14

Kann eine Politikerin aus dem links-grünen Spektrum im bürgerlich dominierten Kanton Zug eine volksnahe Regierungspräsidentin, eine Frau Landammann für alle sein? Manuela Weichelt erklärt, wie sie Nähe herstellt und mit welchen Werten sie als Botschafterin den Kanton Zug vertreten wird.

«Ungehaltene Reden – ungehaltener Frauen» – das kleine Taschenbuch mit diesem Titel hielt ich neulich wieder in den Händen. Die Autorin: Christine Brückner, 1921 geboren, eine der erfolgreichsten Schriftstellerinnen Deutschlands. In diesem Buch – ein gelungenes Beispiel eben-

reden: unmittelbar nach der Wahl vor dem Kantonsrat, dann einen Tag später vor dem Zuger Volk auf dem Landsgemeindeplatz und schliesslich vor dem Gesamtregierungsrat, als ich zum ersten Mal – Ton, Takt und Tempo angehend – durch die Sitzung führte. Keine Angst! Ungehalten war



Manuela Weichelt spricht auf dem Landsgemeindeplatz zum Volk: «Toleranz heisst für mich Interesse am Anderen, am Gegenüber, an dem, was uns verbindet, nicht was uns voneinander trennt.»

so engagierter wie kunstvoller Frau- enliteratur – lässt Brückner historische und fiktive Frauengestalten der abendländischen Geschichte zu Wort kommen. Was heisst da ... «zu Wort kommen»? ... Sie lässt die Frauen Klartext reden!

Als frisch gewählte Frau Landammann war auch ich aufgefordert zu

ich nicht, dafür war meine Freude viel zu gross, Mitte Dezember 2016 in dieses ehrenvolle Amt gewählt worden zu sein. Stattdessen nahm ich die Gelegenheit wahr, meiner Zuhörerschaft mitzuteilen, wie ich das Amt der Regierungspräsidentin auszuführen und zu prägen gedenke, mit welchen politischen Inhalten und vor allem Werten ich es füllen möchte.

«(...) dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen...» so steht es in der Präambel unserer Bundesverfassung. Die hier zum Ausdruck gebrachte Werthaltung hat mich während meines Lebens – privat und beruflich – begleitet. Sie war und ist meine Richtschnur für kleinere und grosse Entscheidungen. Leider sind in den letzten Jahren Werte im politischen Alltag allzu oft in Vergessenheit geraten. Gerade im Kanton Zug, der von seinen Erfolgen zunehmend eingeholt wird, ist es wichtig, vermehrt über Werte zu reden und diese auch dann zu leben, wenn kein Wahljahr ist. Ich selber lege Wert auf Werte! Auf Werte wie Solidarität, Toleranz und Vielfalt.

Ich bin überzeugt: Wer seine Werte kennt, kann bewusst Prioritäten setzen. Damit ist jedoch der Weg zum Ziel noch nicht festgelegt. Auch bei Grundwerten wie «Familie», «Heimat», «Gerechtigkeit» oder «Freiheit», die gemeinhin geteilt werden, sind unterschiedliche Ansichten und Gewichtungen möglich, wie sie im Konkreten, z.B. in Gesetzgebungsprozessen, umgesetzt werden können. Und genau das macht die Politik so spannend, so anspruchsvoll und manchmal auch so mühevoll! Politisches Handeln setzt politische Bildung voraus, und diese wiederum ist ohne Auseinandersetzung mit Werten nicht vorstellbar.

Zur Solidarität: «Nur eine solidarische Welt kann eine gerechte und friedvolle Welt sein.» Dieser Aussage vom ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker kann ich voll und ganz zustimmen. So darf Zug zum Beispiel nicht zu einem Kanton verkommen, in dem Zugerinnen und Zuger sich anhören müssen: «Wenn du dir hier keine Wohnung leisten kannst, musst Du eben wegziehen!» Eine solche Aussage ist für mich ein Zeichen von Schwäche,

ein Zeichen von Kapitulation. Die Geschichte lehrt uns: Dort, wo sich Menschen solidarisieren und füreinander einstehen, können sie auch Ausgrenzung, Unterdrückung oder – im Extremfall – gar Entrechtung überwinden.

Der zweite wichtige Wert ist die Toleranz! Bestimmt habt auch ihr das wunderschöne «Ship of Tolerance» gesehen, das im Sommer auf dem Zugersee geschwommen ist und dessen bunte Segel für Wochen unsere Kantonshauptstadt schmückten. Toleranz heisst für mich nicht «laisser-faire», sondern Toleranz verstehe ich als Offenheit und Interesse am Gegenüber, am Anderen. Es ist das Interesse, an dem, was uns verbindet, nicht an dem, was uns trennt. In der Politik bedeutet Toleranz, dass man die Weltsicht, die Werte der politischen Gegner respektiert – auch wenn man sie nicht teilt. Ja, vor allem dann ist Toleranz gefordert! Sie kann und darf aber auch da enden, wo ein



Alt-Landammann und Regierungsrat Hanspeter Uster: «Manuela hat einen politischen Kompass, aber auch strategisches, taktisches und gefechtstechnisches Gespür. Und sie kann kämpfen!»



Warm eingepackt und flankiert von den Weibern: Frau Landammann und Herr Stadtpräsident machen sich startklar für ihre Reden auf dem weihnächtlich geschmückten Landsgemeindeplatz.

16

Verhalten mit unserer kulturellen Praxis kollidiert. Um ein viel diskutiertes Beispiel zu nennen: Es gibt kein Gesetz, das vorschreibt, dass man sich zur Begrüssung die Hand reicht. Aber wer sich weigert, einer Frau die Hand zu reichen, nur weil sie eine Frau ist, verstösst gegen einen fundamentalen Wert unserer aufgeklärten und gleichberechtigten Gesellschaft.

In der 1995 von der Unesco verabschiedeten «Erklärung von Prinzipien der Toleranz» gilt Toleranz als Universalwert, als «hochgeschätztes Prinzip» und «notwendige Voraussetzung für den Frieden und für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung aller Völker». Doch ist dem wirklich so? Greift diese Aussage nicht zu kurz? Persönlich vertrete ich eher die Ansicht, dass wir (insgeheim) unter dem Druck vorherrschender Überzeugungen sehr wohl ständig unterscheiden und neu definieren müssen, wo wir Toleranz üben können und wo nicht.



Fröhliche Frau Landammann nach erfolgreichem Auftritt vor dem Volk und mit heissem Punsch. Womit nur bringt Gesundheitsdirektor Martin Pfister die Direktorin des Innern derart zum Lachen?

Der dritte und letzte Wert ist die Vielfalt. Auch dies ein Wert, der für den Kanton Zug eine grosse Bedeutung hat und zu dem wir Sorge

tragen müssen. Als Frau Landammann will ich die Vielfalt pflegen und stärken. In der Wirtschaft wird «Diversity Management» bekanntlich schon länger gelebt und die Vorteile sind erkannt. Warum wohl? Ganz einfach: Nur wenn nicht alle gleich ticken, entsteht Kreativität und Innovation. Ich bin überzeugt: Der Kanton Zug kann nur erfolgreich sein, wenn er die Vielfalt seiner Bevölkerung nutzt, das heisst, ihre unterschiedlichen Potenziale und Fähigkeiten anerkennt und fördert. Es gibt so viel Engagement und Ideen, die es wert sind, unterstützt, gewürdigt und umgesetzt zu werden. Das sieht man an der Zwischennutzung des alten Kantonsspitals sehr eindrücklich und könnte sich bald auch im Theilerhaus zeigen, das nach vielen Jahren hoffentlich bald aus dem Dornröschenschlaf erwachen wird.

Darum werde ich mich als Frau Landammann für einen heterogenen Kanton Zug einsetzen, für einen Kanton, in dem alle Bewohnerinnen



Festlich gestimmt und gekleidet: Stadtrat Urs Raschle, Regierungsrat und Statthalter Stephan Schleiss, Stadtschreiber Martin Würmli und Regierungsrat Martin Pfister überbrachten ihre Glückwünsche.



«Let's Party». Die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann und ihr Gatte, Strafgerichtsvicepräsident Marc Siegwart im bunten Untergrund des alten Kantonsospitals, wo die Landammannfeier steigt.

und Bewohner die gleiche Wertschätzung erfahren, unabhängig von Nationalität, Ethnie, Religion, Finanzkraft, Geschlecht oder Weltan-

schauung. Wir müssen das Potenzial des aus Syrien geflohenen Flüchtlings genauso fördern, wie das der schwedischen Finanzspezialistin,



Progressiv und eigenwillig: Das Zuger Multitalent Jasmin Lötscher alias «Jazzmine» überraschte mit unkonventionellem Sound. Dieser passte wunderbar zur Landammannfeier «der etwas anderen Art» im alten Zuger Kantonsspital.

die von Berufes wegen hierhergezogen ist. Beide können und sollen in der Lage sein, den Kanton Zug auf ihre Art zu bereichern.

Ich möchte, habe ich auf dem Landsgemeindeplatz vor der Bevölkerung betont, eine Frau Landammann für alle sein. Ist dies machbar? Einlösbar? Oder nur ein leeres, gut klingendes Versprechen, das man aus einer Festlaune heraus macht? Ich glaube, dies gelingt mir, weil ich im Wert der Vielfalt die Meinungsvielfalt inkludiere.

Wer in seinem demokratischen Verständnis glaubwürdig sein will und auch jenseits seines parteipolitischen Gärtchens auf Akzeptanz und Resonanz stossen will, tut gut daran, seinen Appetit auf andere Denksätze zu bewahren. Und dazu gilt es, jeden willkommen zu heissen, der einen substanziellen Beitrag innerhalb einer Debatte leisten will. Wie langweilig, nur darauf zu warten, den politischen Gegner zu überführen, wenn sich stattdessen aus seinem Standpunkt Anregungen und Erkenntnisse für die eigene Haltung gewinnen lassen. Wir alle wissen: Die eigene Meinung ist nicht immer die allein glücklich machende. Für einen Austausch auf dem Marktplatz der Ideen braucht es mindestens zwei. Im Regierungsrat sind wir sieben, im Kantonsrat sind es deren achtzig.

Profitieren wir von der Varianz der Köpfe und Charaktere, mögen wir die Vielfalt der Unterschiede, die verschiedenen Stärken und Fähigkeiten zu spannenden Diskursen und erfolgreichen Umsetzungen nutzen. Versuchen wir uns immer wieder in einer vorurteilsfreien Haltung! Ich werde als Frau Landammann mit gutem Beispiel vorangehen und ich freue mich, wenn ihr es mir gleich tut. ■

GLP – schleichend nach rechts

Grünspecht - ein kritischer Vogel

18

Hervorgegangen aus der breiten grünen Bewegung, angetreten als neue Kraft der Mitte. Die GLP ist mittlerweile weder grün noch in der Mitte, sondern weit nach rechts gerutscht.

Der Grünspecht als freiheitlich denkender Vogel hatte ja durchaus mal gewisse Sympathien für die Grün-Liberalen. Allerdings sind diese schnell verfliegen, angesichts ihrer Politik. Die GLP Zug startete im Oktober 2013 eine Volksinitiative zur Einführung von Gemeindeparlamenten in Orten mit über 10 000 Einwohnern; also in Baar und in Cham, wo jeweils im Schnitt 2 bis 3 Prozent der Stimmberechtigten an Gemeindeversammlungen teilnehmen. Aus demokratiepolitischer Sicht durchaus ein ernstes Anliegen. Nur, wo sind die gesammelten Unterschriften geblieben? Vermutlich war es ein Wahlgag, sonst hätte die Partei die Unterschriftensammlung wohl durchgezogen.

Am Volk vorbei

Die GLP ist zum fünften Rad am rechten Wagen geworden. Die bürgerlichen Hauptträger heissen CVP, FDP, SVP und Wirtschaftsverbände. Die GLP darf dann jeweils als blassgrünes Feigenblatt mitmachen, wenn es darum geht, rechte Anliegen durchzusetzen. Ja, einzelne Vertreter werfen sich jeweils an vorderster Front in die Schlacht für unbegrenztes Wachstum und Sozialabbau. Beispiele gefällig:

- Die GLP hat Ja gesagt zum Milliardenprojekt Stadttunnel. Das Volk hat das verkehrspolitische Abenteuer mit grosser Mehrheit versenkt.
- Die GLP hat Ja gesagt zum Sparprogramm zulasten des Mittelstandes, zulasten der Bildung, zulasten der Sicherheit (Polizeistellen), zulasten der sozial Schwächeren in diesem Kanton. Das Volk hat das Sparprogramm klar abgelehnt.
- Die GLP steht im Kantonsrat hinter der Tiefsteuerpolitik der bürgerlichen Parteien.

- Die GLP hat für die USR III gewebelt; im Kanton mit den vielen Briefkastenfirmen hat es für ein knappes Ja gereicht, gesamtschweizerisch ist die Vorlage hochkant den Bach runter.
- Die GLP hat sich für die Riesenüberbauung Unterfeld in Zug/Baar eingesetzt. Auch dieses Projekt ist an der Urne gescheitert.

Steigbügelhalter gegen Energiewende

Die Zuger GLP hat mit ihren Listenverbindungen bei den letzten beiden Nationalratswahlen mitgeholfen, dass Bruno Pezzatti den Kanton in Bern vertritt. Als Dank für die Unterstützung sitzt Pezzatti nun im Komitee gegen die Energiewende, die im Mai zur Abstimmung gelangt. Auf der Homepage des Komitees findet sich folgendes Argument zur Atomenergie: «Kernkraftwerke sind insbesondere bei der Grundlast und bei der Produktion pro Fläche unschlagbar. Zudem sind sie sehr emissionsarm.» Tobias Reichmuth, Chef des auf die Energiewende spezialisierten Infrastrukturinvestors SUSI Partners in Zug, erklärt in der «Sonntagszeitung» vom 5. Februar genau das Gegenteil: «Solar- oder Windkraftanlagen rechnen sich heute fast überall auf der Welt auch ohne Subventionen.» Atomkraftwerke würden dagegen immer Milliardensubventionen des Staates brauchen. So erhält ein neues AKW in Grossbritannien einen über 35 Jahre garantierten Strompreis, der mindestens doppelt so hoch ist wie die Produktionskosten von Solaranlagen im Süden Spaniens.

Der Grünspecht schüttelt sein Gefieder und fragt sich, wie die Grünliberalen diese Allianz mit einem erklärten Gegner der Energiewende ihren Wählerinnen und Wählern erklären wollen. Zudem sitzt Bruno Pezzatti (ab DV 17) im Vorstand der Atomlobby-Organisation Aves (Aktion für vernünftige Energiepolitik), die wagemutig behauptet, jeder Energieträger habe Vor- und Nachteile. So banal können es nur die Atomlobbyisten formulieren. Dabei sind die strahlenden Nachteile des Atomstroms ein gigantisches Risiko für unsere Nachkommen.

An den Wählern vorbei

Die «Neue Zürcher Zeitung», ein durch und durch bürgerliches Blatt, hat sich Anfang Januar intensiv mit der GLP befasst. Im Kommentar unter dem vielsagenden Titel «Kein Gräs-



lein hört man wachsen» hält Michael Schönenberger fest: «Ihre Wählerschaft ist wesentlich weiter links positioniert als die Gewählten.» Mit anderen Worten – wer GLP wählt, erhält eine rechte Politik, die das Grüne vergisst und sich bei den grossen bürgerlichen Parteien anbiedert. Wenn die paar blassgrünen Farbflöckchen ab sind, kommt ein reines neoliberales Wachstums- und Sozialabbauprogramm hervor. Fazit: «Chance verpasst». ■

Revolutionäre Steuer

Urs P. Gasche, Infosperber.ch
Bild IBM

Eine automatisch erhobene Mikrosteuer auf alle elektronischen Transaktionen soll Schritt für Schritt die meisten Steuern ersetzen.

Das heute komplizierte, bürokratische Steuer- und Abgabesystem sei zu komplex, revisionsbedürftig und stamme aus dem Anfang des letzten Jahrhunderts. Besser und zeitgemäss sei eine Mikrosteuer auf allen elektronischen Zahlungsvorgängen. Das Volk soll darüber entscheiden. Die Initianten einer entsprechenden Initiative sind Marc Chesney, Finanzprofessor an der Universität Zürich, Anton Gunzinger, Professor an der ETH Zürich, Felix Bolliger, Vermögensverwalter in Zürich, Oswald Sigg, früherer Vizekanzler des Bundes sowie der medizinische Therapeut Bernard Dupont aus Genf.

Die vorgeschlagene Mikrosteuer könne die Finanzmärkte beruhigen und aus der gegenwärtigen Krise führen. Die Steuer sei «ideologiefrei» und «leicht zu handhaben». Den genauen Text der Initiative wollen die Initianten demnächst formulieren. Auf ihrer viersprachigen Homepage Microtax.ch umschreiben sie ihren Vorschlag: Statt wie bisher Unternehmen und Haushalte mit Steuern zu belasten, sollen auf sämtliche elektronischen Zahlungstransaktionen automatisch 0,2 Prozent Steuern erhoben werden. Weil der jährliche Zahlungsverkehr in der Schweiz heute über 100 000 Milliarden Franken oder 160-mal das Bruttoinlandprodukt erreiche, ergäben sich Einnahmen von über 200 Milliarden Franken. Diese Summe übersteige alle bisherigen Steuereinnahmen in der ganzen Schweiz, inklusive Mehrwertsteuer sowie alle Sozialabgaben. Nicht mehr Arbeit und Löhne sollen besteuert werden, sondern die ins Kraut schiesenden Geldtransaktionen.

Vorteile für Unternehmen und Bürger

Mit der Mikrosteuer würden weder natürliche noch juristische Personen,

weder der Konsum noch ein Verhalten besteuert – besteuert würde der gemeinsame Nenner einer Volkswirtschaft, nämlich der gesamte Zahlungsverkehr. Für natürliche Personen und Unternehmen bedeute dies eine «finanzielle wie administrative Erleichterung im grossen Stil». Der Wirtschaftsstandort Schweiz würde erheblich gestärkt, sagen die Initianten. Für Start-up-Unternehmen wäre die Mikrosteuer ein Befreiungsschlag.

Das System wäre nicht mehr «inquisitorisch», weil die Steuer automatisiert elektronisch erfasst werde. Sie sei «von höchster Einfachheit und Klarheit, ergiebig, günstig zu handhaben und gerecht». Mit Steueroptimierungen in Form von Trusts und Gewinnverschiebungen sei es vorbei.

Etappenweise Einführung

Die Mikrosteuer soll Schritt für Schritt eingeführt werden, im ersten Jahr mit einem «unmerklichen» Satz von 0,02 Prozent, also 20 Rappen je 1000 Franken. Es werde dann konkret ersichtlich, wie viel Geld die Steuer einbringt. Der Steuersatz soll im Laufe von zehn Jahren auf 0,2 Prozent erhöht werden. Zuerst könne die Mikrosteuer die Mehrwertsteuer ersetzen und später weitere Steuern und Sozialabgaben auf Bundesebene. Nach Einführung der Mikrosteuer auf Finanztransaktionen sei damit zu rechnen, dass sich der Mikrosekundenhandel an der Börse ins Ausland verlagere. Doch auf dieses «Finanzcasino» könne die Schweiz ohne weitere Nachteile verzichten, meint Finanzprofessor Chesney. Eine Debatte über die Mikrosteuer in der Schweiz würde dem Ausland vor Augen führen, welches enorme, bis anhin unentdeckte Steuersubstrat «schmerzlos» angezapft werden kann: «Mit der Einführung der



automatischen Mikrosteuer kann die Schweiz eine Vorreiterrolle übernehmen.» Die bereits seit längerem diskutierte Kapitaltransaktionssteuer oder «Tobin-Tax» bezieht sich im Unterschied zur Mikrosteuer lediglich auf Börsengeschäfte.

Die Zahlen für Deutschland und Frankreich

In Deutschland und Frankreich würde eine Mikrosteuer von 0,25 Prozent nach Angaben von Professor Chesney «mehr als genügen, um die Einnahmen sämtlicher heutiger Steuern in diesen Ländern zu übertreffen». Dies unter der konservativen Annahme, dass die Summe des jährlichen Zahlungsverkehr in diesen beiden Ländern «nur» das 100-fache des Bruttoinlandprodukts beträgt und nicht rund das 160-fache wie in der Schweiz. ■

Es gibt sie noch

Natalie Chiodi, Redaktionsmitglied

20

Ja, es gibt sich noch die OFRA. Was als «Organisation für die Sache der Frau» im Jahre 1977 begann und sich als schweizerische Organisation im Jahre 1997 auflöste, schwelt in Zug noch weiter. Aufgeschreckt und wachgerüttelt wurde die OFRA mitten im Abstimmungskampf gegen das Sparpaket.

Da erhält die OFRA Zug nämlich einen Telefonanruf. Man will wissen, ob es die OFRA noch gebe oder nicht mehr. Die «Zuger Zeitung» habe sich

leider schon lange keine Alternative zum Lesen mehr ist. Drum – unter anderem – machen wir das BULLETTIN. Doch kommen wir zurück.

Gesunde Finanzen – aber fair.

aventisocial, pro infirmis, vpod zug, SIAAZ, UNIA, TFS, Verband Zuger Politik, S-V, vpt zug, CSP.

Die OFRA ist im Rahmen des Sparpaketes im letzten Jahr wieder einmal in Erscheinung getreten.

erkundigt und den Verdacht geäussert, dass es gewisse Organisationen, die der «Allianz für ein lebenswertes Zug» angehören, eventuell gar nicht mehr gäbe. Die genannte Zeitung habe im Internet recherchiert und glaubte zu erkennen, dass sich die OFRA aufgelöst habe. Ja, die OFRA Schweiz hat sich aufgelöst, die OFRA Zug aber nicht, ätsch.

Ein böser Verdacht befällt uns: Ist die Lokalzeitung auf der Suche nach einer Möglichkeit, einen Keil zwischen die verschiedenen Organisationen der Allianz zu treiben? Ein Telefonat mit der Präsidentin der «Allianz für ein lebenswertes Zug» bestätigt unseren Verdacht. Aber eigentlich ist es ja auch nichts Neues, dass die «Zuger Zeitung» zu Ungunsten eines Recherchejournalismus Gefälligkeitsjournalismus macht. Allzu oft lässt sie sich von den bürgerlichen Kräften in diesem Kanton einnehmen, weshalb in linken und zugewandten Kreisen diese Zeitung

Altersschwach?

Es gibt sie noch die OFRA Zug. Auch wenn sie sich oft im Tiefschlaf befindet, weil die Frauen ihre Kräfte sortieren. Aber es brodelt noch immer, nur die Aktivitäten haben abgenommen. Weshalb die OFRA-Frauen oftmals sehnsüchtig zu den Aktivistinnen.ch blicken und sich über das, was an jungen Frauen (und Männern) nachkommt freuen. Das sind Frauen, die das Wort «Feministin» in den Mund nehmen, ohne sich dafür zu entschuldigen. Das sind die Frauen, die via Social Media ihren «Kampf» ausfechten und mit saufrechen Aktionen auf sich aufmerksam machen.

Nachdem die OFRA Zug sich im Rahmen des Abstimmungskampfes gegen das Sparpaket 2016 wieder einmal öffentlich gezeigt hat – und mangels eines neuen hippen Logos das alte verstaubte verwendet hat – ist es an der Zeit, dass sie sich erklärt. Frauen sind von Sparbemühungen im beson-

deren Masse betroffen, weil Frauenberufe ganz grundsätzlich zuerst ins Visier der «Rechnungsfriseur» kommen (Gesundheit, Schule etc.), weil bei Kürzungen bei Renten oder Zuschüssen das Polster bei Frauen ohnehin geringer ist und oftmals keine zusätzlichen Finanzierungssäulen vorhanden sind. Das sind die Gründe, weshalb die OFRA im Jahre 2016 endlich wieder einmal erwacht ist. Diese Organisation stammt aus der Zeit vor der digitalen Revolution: Man kann sie zwar googeln, doch man wird sie nicht finden! Doch ihre Anliegen sind – leider – häufig noch immer die alten! ■

OFRA

Die «neue» Frauenbewegung entstand in der Schweiz im Nachklang der Jugend- und Studentenbewegung von 1968. Die OFRA entstand aus einer Abspaltung von Frauen der POCH (Progressive Organisation der Schweiz), die sich Mitte der 70er-Jahre zu eigenen Gruppen formierten. Als Abschluss der «Frauenwoche» in der Roten Fabrik in Zürich am 13. März wurde die SAFRA (Sache der Frau) gegründet und kurz darauf in OFRA (Organisation für die Sache der Frau) umbenannt. Um mit der Gründung auch gleich öffentliches Echo auszulösen, lancierten sie die «Volksinitiative für einen echten Mutterschutz». Die Abstimmung erfuhr an der Urne eine massive Ablehnung. (u.a. aus: Frauengeschichte(n), herausgegeben von E. Joris und H. Witzig)

Angesprochen?

Wer sich angesprochen fühlt, darf sich gerne mit folgender E-Mail-Adresse bulletin_redaktion@bluewin.ch an die OFRAs wenden.

20 Prozent in 20 Jahren

Konradin Franzini, Präsident Junge Alternative Zug

Wohnraum – und zwar bezahlbar. Ein Grundrecht, welches für jeden Menschen gelten sollte. Leider sind wir heute noch weit davon entfernt. Besonders in Zug herrscht eine prekäre Lage auf dem Wohnungsmarkt. Gemäss Regierungsrat sind heute lediglich drei bis fünf Prozent des Wohnraumes im Kanton Zug «bezahlbar».

Bauland und Wohnraum werden in Zug immer knapper, die Wohnungpreise steigen auf ein extrem hohes Niveau. Gleichzeitig sinkt das frei verfügbare Einkommen der Zuger Bevölkerung und immer mehr Zugerinnen

Ja zur «Initiative für bezahlbaren Wohnraum»

Wir jungen Alternativen haben genug von den überhiesenen Mietpreisen und dieser «Entzugerung»! Deshalb lancierten wir im Sommer 2014, gemeinsam mit der Juso Zug, die kantonale «Gesetzesinitiative für bezahlbaren Wohnraum». Unsere Forderung ist simpel, aber effektiv: Bis spätestens in 20 Jahren sollen 20 Prozent des Zuger Wohnraums preisgünstig sein. Preisgünstig bedeutet, dass die Wohnungen nach den vom Bundesamt für Wohnungswesen definierten Grundsätzen des preisgünstigen Wohnungsbaus oder der Kostenmiete vermietet werden.

Ein Ziel – fünf Vorschläge

Die Initiative beinhaltet jedoch noch mehr als nur eine Forderung. Wir wollen das Wohnraumproblem endgültig und nachhaltig lösen und bringen deshalb mehrere Ideen ein, wie das zu schaffen wäre. Im Initiativtext werden gleich fünf Massnahmen vor-

geschlagen, mit denen unser Ziel erreicht werden kann. So könnten zum Beispiel Anreize für Private geschaffen werden, etwa durch höhere Ausnützungsziffern bei der Errichtung eines Anteils an bezahlbarem Wohnraum. Kanton und Gemeinden dürften natürlich jederzeit

weitere Massnahmen ergreifen, um den preisgünstigen Wohnungsbau zu fördern.

Ein kleiner Schritt zu einem Zug für alle

20 Prozent bezahlbarer Wohnraum, das wäre ein Meilenstein in der Entwicklung der Zuger Immobiliensituation. Ein erster Schritt hin zu einem Zug für alle! Aber eben nur ein kleiner Schritt, denn schliesslich bedeutet «20 Prozent bezahlbarer Wohnraum» auch, dass die restlichen 80 Prozent des Wohnraumes weiterhin zu teuer vermietet werden dürfen. Unser erstes Zwischenziel ist also ein bescheidenes. Aber ein wichtiges auf dem Weg in eine gemeinsame Zukunft aller Bevölkerungsschichten Zugs. Das politische Establishment hat es regelrecht verschlafen zu handeln. Mit der Initiative verpflichten wir das Parlament und die Regierung, den Wohnungsmarkt endlich fair umzugestalten. Wer Ja sagt zu unserer Initiative, sagt Ja zu einem lebendigen und bunt durchmischten Kanton Zug, wo alle Bevölkerungsschichten willkommen und erwünscht sind. ■



Stoppen wir die Verdrängungsprozesse – mit einem Ja zu unserer Wohnrauminitiative!

und Zuger sind gezwungen, aus dem Kanton, in welchem sie engagiert und verwurzelt sind, wegzuziehen. Lokale Unternehmen, Vereine oder auch Gastronomiebetriebe haben immer stärker mit dieser «Entzugerung» zu kämpfen, gleichzeitig ist die Verkehrsüberlastung mittlerweile Alltag.

Abstimmungskampagne

Das Zuger Stimmvolk wird am 21. Mai 2017 über unsere Initiative abstimmen. Die Planung für die Abstimmungskampagne ist bereits in vollem Gange. Jedoch sind wir für unsere Kampagne weiterhin auf Hilfe angewiesen. Wir freuen uns über jede finanzielle Unterstützung und sind auch sehr froh über tatkräftige Unterstützung bei unseren Aktionen!

Spendenkonto: PC 46-110-7
Alternative Bank, 4601 Olten,
zugunsten CH77 0839 0034 3650 1000 4,
Zuger Komitee für bezahlbaren Wohnraum,
Metallstr. 5, 6300 Zug

www.bezahlbarer-wohnraum.ch

20 Jahre Stillstand?

Martin Stuber, alt Kantonsrat und Copräsident Komitee Zimmerberg light
Bild Bundesamt für Verkehr

22

Mit einem denkwürdigen Entscheid zum Thema Sanierungstunnel Zimmerberg hat der Kantonsrat Ende Januar seine Ungeduld bei der herrschenden Situation auf der Bahnarterie Thalwil–Baar zum Ausdruck gebracht. Nun hat die Regierung einen verbindlichen Auftrag. Hintergrund ist die unhaltbare Situation auf einer Schlüsselstrecke der Nord-Süd-Achse durch die Schweiz.

«Der Regierungsrat wird beauftragt, sich mit allen geeigneten Mitteln für den raschen Bau eines doppelspurigen Sanierungstunnels Sihlbrugg–Horgen Oberdorf (2 km) einzusetzen. Wenn nötig ist eine Vorfinanzierung durch den Kanton ins Auge zu fassen.»

Das ist der klare Auftrag. Dank den Ausführungen in der regierungsrätlichen Vorlage zur Motion wissen wir nun auch, dass «BAV und SBB alle bisher bekannten Varianten prüfen, also auch jene der Motionäre. Neben dem im Sachplan des Bundes und dem kantonalen Richtplan enthaltenen Zimmerbergbasistunnel 2 (ZBT 2) wird auch der Ausbau der Stammlinie Litti–Thalwil mittels einer zweiten Tunnelröhre Litti–Sihl-

brugg und einem neuen Doppelspur-tunnel Sihlbrugg–Horgen Oberdorf untersucht (Zimmerberg light). Für den Kapazitätsengpass Thalwil werden Lösungen mit Ausbau und Um-fahrung des Bahnhofs geprüft.»

Während der Kantonsratsdebatte wehrte sich Volkswirtschaftsdirektor Michel vehement gegen die Er-heblicherklärung der Motion und brachte klar zum Ausdruck, dass er immer noch am ZBT 2 festhält. Was würde das bedeuten?

Ausbauschritte

Zurzeit bereitet das Bundesamt für Verkehr (BAV) den so genannten Ausbauschritt 2030/2035 vor. Der Bundesrat hat den Auftrag gegeben, zwei Varianten von Ausbauschritten

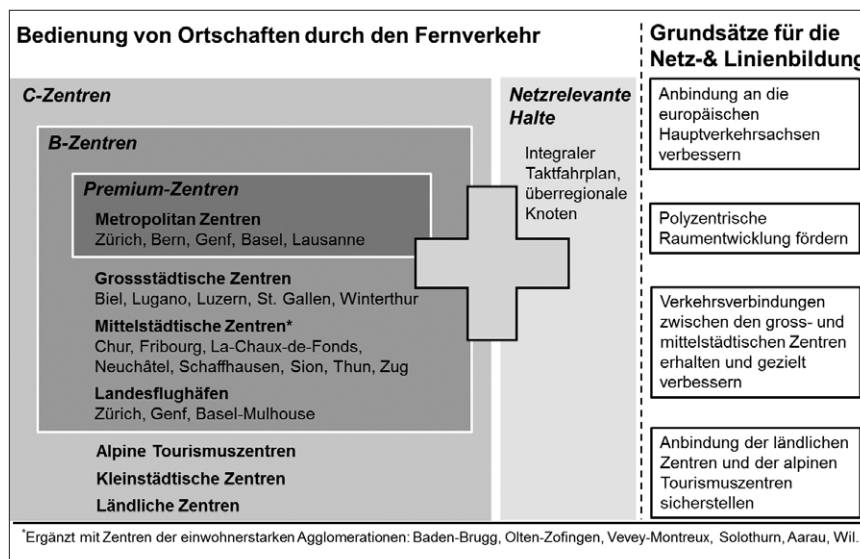
zu untersuchen. Der Ausbauschritt (AS) 2030 wäre mit 7 Milliarden Franken dotiert und enthält Bahn-infrastrukturprojekte mit Realisie-rungshorizont 2025 bis 2030. Der AS 2035 wäre mit 12 Milliarden ausgestattet und deckt den Realisie-rungshorizont 2025 bis 2035 ab. Eine kleine Kopfrechnung ergibt, dass beim AS 2035 weniger Mittel pro Jahr zur Verfügung stünden ...

Alle Aussagen des BAV-Chefs und seiner Chefin, Bundesrätin Leuthard, wie auch eine Reihe von informellen Auskünften und Einschätzungen in der Branche erlauben zwei Feststel-lungen:

1. Im AS 2030 wird der ZBT 2 sicher nicht enthalten sein.
2. Im AS 2035 könnte der ZBT 2 figu-rieren, steht aber höchstwahrschein-lich in Konkurrenz zum Vollausbau des Lötschbergs. Die Chancen sind vielleicht 50/50.

Diese Ausgangslage hat wesentlich mit den hohen Kosten des ZBT 2 zu tun, die mit 1,3 bis 1,5 Milliarden veranschlagt werden. Und was heisst das konkret? Das Bestszenario mit dem ZBT 2 wird in der Realität bedeuten, dass er irgendwann zwischen 2035 und 2040 fertiggebaut wäre. Das Worstcase-Szenario würde bedeuten: irgendwann nach 2040.

Es hängt auch noch davon ab, wie die Möglichkeiten zur Vorfinanzierung ausgestaltet werden. Zurzeit läuft eine Auseinandersetzung zwischen der Bundesfinanzverwaltung, den zwei Luzerner Ständeräten Graber und Müller und dem BAV. Wenn es nämlich nach der Finanzverwaltung ginge, wäre die Vorfinanzierung de facto fast gestorben. Der Ausgang dieses Zwistes ist derzeit ungewiss. Die Frage ist von Bedeutung, weil die Kantone mittels Vorfinanzierung die Realisierung eines im Ausbauschritt beschlossenen Projektes auf der Zeit-achse etwas nach vorne schieben können. Dumm nur, dass der ZBT 2



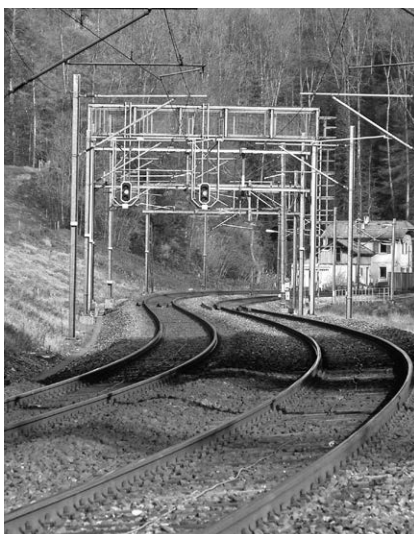
Zug und Luzern sind gemäss dem neuen Fernverkehrskonzept des BAV nur B-Zentren. Zürich–Zug–Luzern gehört deshalb nur zum Basisnetz, und die Schnellzughalte in Baar und Rotkreuz stehen auf der Kippe. Das Konzept ist zurzeit in der Vernehmlassung bei den Kantonen.

so teuer ist – der Kanton Zug könnte wohl höchstens einen Viertel vorfinanzieren. Falls sich seine Finanzlage verbessert bis dann.

Das Fazit lässt sich mit dieser Kurzformel zusammenfassen: ZBT 2 = 20 Jahre Stillstand.

Lösung Sanierungstunnel

Kann sich das der Kanton Zug leisten? Kann sich das die Stadt Zug mit ihren heute schon 40 000 Arbeitsplätzen leisten? Denn die Zitrone ist inzwischen ausgepresst – die einzig verbliebene Option für eine spürbare



Zwischen Zürich und Zug verdient die SBB gutes Geld. Erstaunlich, dass die SBB nicht mal auf dieser hochrentablen Strecke investieren will.

Kapazitätserhöhung auf den bestehenden Geleisen sind längere Doppelstockzüge. Davon wollen die SBB aber nichts wissen.

Auf diesem deploralen Hintergrund ist der Vorschlag eines Sanierungstunnels zu sehen, der einer der beiden Etappen von Zimmerberg light (ZBL) entsprechen würde. Der Zimmerbergtunnel zwischen Horgen und Sihlbrugg muss nämlich bis spätestens 2029 komplett saniert werden. Einen Vorgeschmack auf die Auswirkungen einer solchen

Sanierung haben wir soeben an den vier Wochenenden erlebt, wo der Albistunnel wegen Gleiserneuerung komplett gesperrt war. Statt den alten Tunnel zu sanieren, könnte der kurze Doppelspurtunnel zwischen Sihlbrugg und Horgen gebaut werden. Falls dies unter die Kategorie «Substanzerhalt» fiel, könnte es im Rahmen der Leistungsvereinbarung des Bundes mit den SBB gebaut werden, und der Kanton Zug könnte mit einer Vor- oder Mitfinanzierung den Nachbrenner zünden und die ganze Sache beschleunigen. Den integralen Viertelstundentakt würde das zwar noch nicht bringen, aber einen endlich stabilen Fahrplan und punktuelle Kapazitätserhöhungen sicherlich. Und das Ausfallrisiko würde deutlich gesenkt. Die zweite Etappe – eine zweite Albistunnelröhre – hätte angesichts der übersichtlichen Kosten und mit Vorfinanzierung durch den Kanton sogar die Chance, in den AS 2030 zu kommen, ganz sicher aber in den AS 2035.

Ob die Zuger Regierung den Steilpass des Kantonsrates nun aufnimmt?

ZBT 2 = Güterverkehr?

Dem Widerstand gegen den aufwendigen Doppelspurausbau in Walchwil, der wesentlich von der Befürchtung von lautem Güterverkehr entlang dem Zugersee Ost getrieben ist, verdanken wir eine wichtige Erkenntnis: Ob je regulärer Güterverkehr durch Baar, Zug, Oberwil und Walchwil rattern könnte, entscheidet sich am Zimmerberg! Mit dem ZBT 2 würde nämlich die Kapazität auf der Zufahrtsstrecke geschaffen – und der ZBT 2 ist eine Flachbahn. Mit dem ZBL reicht die Kapazität für den Personenverkehr, nicht aber für Güterverkehr. Und ZBL ist keine Flachbahn, hat für den Güterverkehr zu hohe Steigungen.

Luzern schaut in die Röhre ...

... aber nicht in die eigene, sondern symbolisch. Die Wahrscheinlich-

keit, dass der 2,5 Milliarden Franken teure Durchgangsbahnhof im AS 2035 enthalten sein wird, tendiert gegen null. Weshalb nun plötzlich von Etappierung die Rede ist mit dem Tiefbahnhof als erster Etappe? Im kürzlich veröffentlichten Positionspapier der Zentralschweizer Regierungskonferenz wird nur noch die erste Etappe gefordert. Die kostet aber immer noch 1,8 Milliarden! Das dürfte zu viel sein. Die Nibelungen-treue der Luzerner zum Zuger Volkswirtschaftsdirektor und seinem ZBT 2 wird sich rächen. ■

Zürich–Zug rentiert

Bis Ende 2017 werden vom BAV die Konzeptionen für den Fernverkehr neu vergeben. Das Gerangel zwischen SBB und BLS hat nun als Nebeneffekt eines der bestgehüteten Geheimnisse der SBB gelüftet: die Rentabilität der verschiedenen Strecken, welche die «Sonntagszeitung» Ende Februar veröffentlicht hat. Demnach verdienen die SBB zwischen Zürich und Zug richtig Geld, zwischen Zug und Rotkreuz schaut auch noch etwas heraus, von Rotkreuz nach Luzern wird es dann defizitär. Umso stossender ist, dass die SBB nicht mal auf hochrentablen Strecken investieren wollen. Reinvestieren hiesse das in der Ökonomie.

SP auf dem Abstellgleis?

Die SP-Fraktion im Kantonsrat hat am 26. Januar 2017 geschlossen gegen die Erheblicherklärung der Motion Sanierungstunnel gestimmt! Auch der Mitunterzeichner der Motion Alois Gössi. Das Votum von SP-Kantonsrat Hubert Schuler hätte regierungstreuer nicht sein können, auf die Argumente der Dringlichkeit des Problems ging er gar nicht ein. Verkehrte Welt: Die SVP (und natürlich die Alternativen Grünen und die GLP) stimmen geschlossen für einen raschen Ausbau einer zentralen ÖV-Infrastruktur, die SP dagegen ...

Es ginge doch

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

24

Geduldet, aber nicht willkommen. So ungefähr könnte man die Situation der Velofahrenden an vielen Orten zusammenfassen. In den Städten akzentuiert sich die Problematik für Velofahrende, weil der Platz noch knapper ist und sich noch mehr Verkehr durch engere Häuserfluchten pflügt. Das ist auch in der Stadt Zug so. Nicht, dass in ländlicheren Gebieten das Velo willkommener wäre, aber Platz ist etwas mehr.

Solch ein neuralgischer Punkt ist in Zug auch die Zeughausgasse, die sich zwar seit der Umgestaltung viel hübscher präsentiert, aber nicht praktischer – für Velofahrende. Im Gegenteil – der Konflikt hat sich zugespitzt. Zwar dürfen Velofahrende diese Gasse trotz Einbahnverkehr für die Autos in beide Richtungen passieren. Dafür sind wir auch sehr froh. Die Situation der Velofahrenden in Richtung Süden – also vom Postplatz in Richtung Altstadt fahrend – ist wegen der Verengung sehr viel problematischer geworden. Auf Anfrage im dafür zuständigen Departement wurde mir bestätigt, dass bei einer Kreuzung zwischen Velo und Auto beide VerkehrsteilnehmerInnen ausweichen müssten. Wissen die AutofahrerInnen das? Das ist die Frage, die ich mir tagtäglich von Neuem stelle. Denn in Tat und Wahrheit ist es so, dass die Velofahrenden ausweichen – schon aus ganz praktischen Gründen: Sie sind es, die ihr Leben gefährden. Stellt man sich für einige Zeit an die Strasse und beobachtet die Situation, dann kann man verschiedene Typen von ZweiradlerInnen beobachten:

- Typ «Ich-habe-aufgegeben»: Weicht jedem Auto aus, das ihm entgegenkommt, indem er/sie auf den FussgängerInnenbereich ausweicht. Was lernen Autofahrende daraus? SIE haben Vorfahrt und müssen nicht Rücksicht nehmen. Die Psyche des Velofahrenden leidet, weil er von vornherein aufgegeben hat.
- Typ «Ich-behaupte-mich-so-lange-ich-kann»: Bleibt so lange auf der Strasse, bis beim Autofahrer die Tendenz auszumachen ist, dass er

ausweichen könnte. Dann weicht er selber auch aus, so dass beide Parteien eine Anpassungsleistung erbringen müssen.



Die gesperrte Zeughausgasse während des Weihnachtsmarktes 2016.

- Typ «Im-Notfall-lasse-ich-mich-überfahren»: Bleibt auf der Strasse – komme was wolle – und gewinnt die Auseinandersetzung mit dem Autofahrenden meistens. Dies bringt der Psyche des Velofahrenden am meisten, weil nicht automatisch der Stärkere gewinnt. Hoffen wir, dass das so bleibt und dass sich auf diesem Strassenstück kein Unfall ereignen wird.

Den dritten Typ kann man nur sehr selten beobachten, wer riskiert schon gerne sein Leben. Am häufigsten kommt der erste Typ vor. Am seltensten der mittlere. Doch genau dies wäre das vorgesehene Kreuzungs-

ungsverfahren, wie mir auf Anfrage bei der entsprechenden Amtsstube erklärt wurde. Autos und Velofahrende müssen gleichermaßen Rücksicht nehmen und ausweichen. Auf mein Nachfragen, woher das die VerkehrsteilnehmerInnen wissen sollten, habe ich keine schlüssige Antwort erhalten. Auf meinen Vorschlag (vor zwei Jahren) mittels einer Plakat- oder Verkehrsschildaktion eine Aufklärungskampagne zu lancieren, ist man bis heute nicht eingegangen. Für

jene, die dieses Strassenstück regelmässig befahren, ist es ein veritables Ärgernis. Und leider ist es, trotz optischer «Aufschöpfung» eine der Verschlechterungen im Strassenverkehr für Velofahrende. An diesem Beispiel kann man gut erkennen, dass man die Situation der Velofahrenden bei Umgestaltungen immer wieder vernachlässigt. Ganz unabhängig davon stellt sich die Frage, wieso man dieses Strassenstück nicht einfach endlich autofrei machen könnte um den Velofahrenden und FussgängerInnen dieses wunderbare Stück Stadt zu überlassen. Der Zuger Weihnachtsmarkt in der Altstadt im letzten Dezember hat ja gezeigt, dass es gehen würde. ■



Hurraahhh – wir haben die Tessiner endlich **überholt**, aber die Schwyzer sind uns hart auf den Fersen. 648 Chläpf pro 1 000 EinwohnerInnen sind Rekord. Beim Wert des Fahrzeugparkes sind wir hingegen einsame Spitze: Über 60 000 kostet im Schnitt in Zug ein neu zugelassener Schlitten, da können die Schwyzer mit weniger als 55 000 abstinken.

Dabei laufen viele **PorscheBentleyFerrariLamborghiniAstonMartinMercedesAudiCadillac** unter Firmennummer. Wundert uns, dass der Vorstoss im Nationalrat für eine Privilegierung von Personen mit Geschäftsauto aus einem Tiefsteuerkanton (Obwalden) kommt? Und wundert uns, dass der Nationalrat bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen (FDP und SVP) das in der Frühjahrssession gutgeheissen hat?

Irgendwann wird es ein Teil der SVP-Wählerschaft wohl **checken**, dass «ihre» Partei vor allem die grossen Geldsäcke vertritt. Die Hoffnung stirbt zuletzt ...

Damit das in den USA die Trump-WählerInnen NICHT merken, läuft eine Megakampagne der Trumpisten gegen alle Medien, die sich (noch) eine kritische Haltung erlauben. Trump wird Erfolg haben damit, denn die Mainstream-Medien in den USA schauen

letztlich nur auf eines: **Werbeeinnahmen**. Nicht die Wahrheit, sondern Aufmerksamkeit ist Trumpf.

Dass auch bei der Werbung die **Blödheit grenzenlos** ist, demonstrierte Anfang Februar Digitec beim Anpreisen eines Computerspieles:

«Kreativ Morden: Darum musst auch du zum «Hitman» werden.»

Wie krank ist unsere Welt? Für wie krank halten die Werber die Gamer?

Dabei wäre es wichtig, zu informieren, wie die Machtausübung des Grosskapitals real funktioniert. Da gibt es hin und wieder Trouvaillen. Wir empfehlen z. B. die aufmerksame Lektüre des **«Tages Anzeigers» vom 4. März**. Da wird ausgiebig aus einem Protokoll der Economiesuisse zitiert. Und es wird klar, wer die Fäden im Hintergrund wie zieht und wo die Macht hockt. Und wer pariert. Gälledsi, Herr Schneider-Ammann.

Dass militärisches Parieren bei IT-Projekten in der «besten Armee der Welt» nicht funktioniert, ist bekannt. Dass militärische IT-Projekte meistens einem **schwarzen Loch** gleichkommen, ist notorisch. Dass dies keine Folgen hat, auch. Siehe Mehrheitsverhältnisse im Parlament. Und dass soeben 700 Millionen für das Führungsinforma-

tionssystem Heer in den Sand gesetzt wurden, wird verklausuliert. Die mobile Kommunikation funktioniert nicht und werde auch nicht erreicht werden. Also zurück ins Réduit und bitte nicht bewegen – dann, und nur dann, funktioniert das Telefon.

Der das verantworten müsste, ist jetzt nicht mehr VBS-Chef, sondern Finanzminister. Und hat im Ständerat Support von Ex-Finanzdirektor Hegglin P. – der hat nämlich das Zuger Finanzdebakel vorbereitet. Und sich noch knapp rechtzeitig nach Bern **wegbefördern** lassen. Denk ich an Bern in der Nacht ...

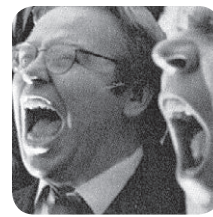
Charakterlos, prinzipienlos, wendig und **Rosinen-picken** als Kernkompetenz. Wer die NZZ in den letzten Wochen etwas aufmerksamer verfolgt, empfindet den Titel eines ganzseitigen redaktionellen Meinungsbeitrages als Programm: «Chancen für die Schweiz in Trumps neuer Weltordnung». Würg.

Nicht über Chancen, sondern über «Missstände», nämlich in Bern, referierte Frau Martullo-Blocher bei der Zuger SVP (Aeschis Blocher-Nähe wirkt) und machte trotzdem Werbung für die USR III. Hat nichts genützt – mehr als die Hälfte der SVP-Wählerschaft hat **den Braten gerochen** und Nein gestimmt.

Der Kantonsratssitz der Piraten ist nach nur einem Jahr wieder weg. Der einzige Vorstoss, der Chancen auf eine Überweisung gehabt hätte, wurde mit einem problematischen Nordkorea-Vergleich gleich selber versenkt. Die **Bilanz ist suboptimal**. Macht nichts – auf ihrer Website sind die Piraten immer noch im Kantonsrat. Bei Redaktionsschluss datierte der letzte Eintrag vom 13. Oktober 2016. Bei der Gründung im November 2011 hat die Partei «für sich in Anspruch genommen, die politischen Interessen der digitalen Generation zu vertreten». Da ist noch Potenzial.

Welche Generation der Neuheimer FDP-Nachrutscher Marcel Peter vertritt, ist vom politisch völlig unbeschriebenen Blatt nicht bekannt. Aber in einem Leserbrief outet er sich als strammer **Fake News-Verbreiter**. Zitat: «Die Finanzkrise wurde namentlich durch staatliche Regulierungen und den Zwang zur Kreditvergabe an Subprime-Schuldner ausgelöst.» Any questions?





26

Von Mauern und anderen Betonköpfen

Diese Meldung schlug ein: Die Baarer Firma Sika freut sich über den Bau von Trumps Mauer zwischen den USA und Mexiko, da sie bereits ein fettes Geschäft riecht. Betonköpfe voller Abgrenzungsgelüste gibt es jedoch nicht nur beim Blick über den grossen Teich. So ziemlich der gesamte Schengenraum ist mit meterhohen Mauern und Zäunen versehen. Zudem werden die Grenzen minutiös von der europäischen Grenzpolizei Frontex kontrolliert, an welche auch die Schweiz einen jährlichen Beitrag in zweistelliger Millionenhöhe leistet. Frontex hat eine regelrechte Kampagne gegen freiwillige HelferInnen vor der afrikanischen Küste lanciert. Lieber Tausende Menschen ertrinken lassen? Als Abschreckung? Und für diesen europäischen Genozid am afrikanischen Volk im Mittelmeer hat die EU den Friedensnobelpreis erhalten. Weder in den USA, in Europa oder sonst wo auf der Welt sind Mauern ein probates Mittel. Sie sind ein tragisches Ablenkungsmanöver von den wahren Problemen unserer Zeit: Die unverschämte Bereicherung einiger weniger auf Kosten der grossen Mehrheit. Es ist gut zu wissen, dass man in einer Partei aktiv ist, die diese Ungerechtigkeit nicht hinnimmt!

Andreas Lustenberger,
Präsident und Kantonsrat
der Alternativen – die
Grünen Kanton Zug

Gothic

Montag, 10. April
20 Uhr
im Kino Gotthard

Schwarze Kleider, schwarze Haare, bleiche Haut und Piercings sind die Merkmale der Gothic People. Sie leben in einer eigenen Subkultur, die nicht so recht in unsere regulierte und genormte Welt hineinpasst. Die Filmerin und Schriftstellerin Mitra Devi taucht in den schweizerischen Gothic-Untergrund und leuchtet auf behutsame Weise das Leben dieser Menschen aus. Mitra Devi ist im Kino anwesend.



Rue de Blamage

Montag, 8. Mai
20 Uhr
im Kino Gotthard

Die wohl spannendsten Geschichten in der Stadt Luzern spielen sich abseits der touristischen Trampelpfade ab – an der so genannten Rue de Blamage, der Baselstrasse. Hier leben Künstler, Aussteiger, Prostituierte und Menschen aus allen Weltgegenden, die irgendwann in Luzern gelandet sind. Regisseur Aldo Gugolz nähert sich ihnen respektvoll an und schafft ein hochspannendes Porträt über diese Strasse und ihre Bewoh-

ner. Ein grossartiger, sensibel gemachter Dokumentarfilm! Aldo Gugolz ist im Kino anwesend.



Staatenlos – Klaus Rózsa, Fotograf

Montag, 12. Juni
20 Uhr
im Kino Gotthard

Erich Schmid porträtiert Klaus Rózsa, Fotograf und Aktivist der Zürcher Jugendbewegung, der aus politischen Gründen 40 Jahre lang staatenlos war. Ein Leben, das geprägt ist vom Holocaust, dem Ungarnaufstand von 1956 und der Verfolgung durch die Zürcher Polizei, für die er als Gewerkschafter, Ausländer, linker Journalist und verdeckt auch als Jude zur Hassfigur wurde. Ein eindrückliches Biopic zur Pressefreiheit im Zusammenhang mit den politischen Bewegungen der letzten Jahrzehnte in der Schweiz. Erich Schmid ist im Kino anwesend.



Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliedhaberInnen
Zug

Montag, 1. Mai, Strassenfest zum Tag der Arbeit

Landsgemeindeplatz Zug

Mittwoch, 5. April, Monatsbar der Alternative – die Grünen Zug

im Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
ab 18.30 Jahresversammlung
der städtischen Ortsgruppe
ab 19.15 Apéro, Verabschiedung
von Thomas Ehrensperger
ab 20.00 Grosses Podium
zur Initiative für bezahlbaren
Wohnraum

Sonntag, 9. April, Solidaritätsbrunch

Zur Kampagnenfinanzierung
der Wohnraum-Initiative
im Siehbachsaal, Chamer-
strasse 33, Zug
ab 10 Uhr öffentlicher
Brunch, anschliessend
Sponsorenlauf

Mittwoch, 3. Mai, Monatsbar der Alternative – die Grünen Zug

im Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
ab 18.30 Uhr Feines von
den jungen Köchinnen und
Köchen des Wohnraum-
Komitees
20 Uhr kantonale Jahresver-
sammlung der Alternative –
die Grünen Zug

Sonntag, 21. Mai, Abstimmungssonntag

Donnerstag, 25., bis Sonntag, 28. Mai (Auffahrt), Green Earth Festival Zug

im Jugendkulturzentrum
industrie45 in Zug,
organisiert von der Jungen
Alternative. Vier Tage lang
Workshops, Podiumsdis-



kussionen, Filmvorführungen und Konzerte.
Infos:
www.greenearthfestival.ch

**Mittwoch, 7. Juni,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**
im Siebchsaal,
Chamerstrasse 33, Zug
ab 18.30 Uhr Feines von den
Köchinnen und Köchen des
Forums Oberägeri
20 Uhr Die GsoA stellt ihre
neue Initiative vor

Gründung des Vereins Pro Gartenstadt Zug

Noch immer sollen 13 Häuser in der Gartenstadt abgerissen werden. Das Komitee Pro Gartenstadt, welches bisher aus Bewohnerinnen und Bewohnern der Gartenstadt und weiteren Sympathisanten bestand, hat am Donnerstag, 9. März, in der Hertistube im Alterszentrum Herti in Zug den Verein Pro Gartenstadt Zug gegründet. Zweck des Vereins ist, sich politisch und rechtlich für den Erhalt des schützenswerten Quartierbildes in der Gartenstadt in Zug einzusetzen. Der Verein hilft, den Charakter der Gartenstadt zu erhalten. Der Verein kann gegen Bebauungspläne, gegen Baugesuche und Nutzungsänderungen in der Gartenstadt im Namen seiner Mitglieder Einsprache und Beschwerden erheben. Unter www.progartenstadt.ch finden Sie weitere Informationen.



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metalstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen Zug:
Mo und Do 9–16 Uhr
E-Mails an:
info@alternative-zug.ch
werden von Mo–Fr
bearbeitet.

Alternative – die Grünen Baar

Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Thomas Ehrensperger
Metalstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

(ehemals Gleis 3 Alternative
Risch)
Heinz Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Edith Seger Niederhauser
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Junge Alternative Zug

Alessandro Perucchi und
Konradin Franzini
Metalstrasse 5, 6300 Zug
junge.alternative@gmx.ch

Krifo Alternative Cham

Sha Ackermann und
Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

[www.alternativefraktion.ch/
kantonsrat.html](http://www.alternativefraktion.ch/kantonsrat.html)

Grüne Partei Schweiz

www.gruene.ch

Facebook 
fb.com/AlternativeZug

Twitter 
[@AlternativeZG](https://twitter.com/AlternativeZG)



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen.

BULLETIN
Nr. 1, 25. März 2017
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Metalstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Hansruedi Küttel
Lorenzo Martinoni

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorin: Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling-Papier)

Titelbild: Paula Gisler

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungssabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6300 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 2/2017:
Freitag, 16. Juni 2017

Erscheinungsdatum
Samstag, 8. Juli 2017

DAS BULLETIN
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metalstrasse 5, 6300 Zug

